:antifaschistische nachrichten Nr. 14/15

g 3336 9.7.2015 31. jahrg./issn 0945-3946 1,50 €

www.antifaschistische-nachrichten.de

Irving in Brüssel

Brüssel. NPD-Europaabgeordneter Udo Voigt hatte am 6. Mai den britischen Geschichtsrevisionisten David Irving zu einem „Historiker-Rundgespräch“ mit anschließender Pressekonferenz ins Brüsseler EU-Parlament eingeladen. Irving sollte dort anlässlich des 70.Jahrestags der Befreiung unter dem Motto „Versöhnung braucht Wahrheit“ auftreten. Doch der Zutritt zum Parlamentsgebäude wurde Irving verwehrt.

So musste Irving seinen Vortrag dann in einer Ersatz-Örtlichkeit halten, wo sich nach Angaben der „Deutschen Stimme“ (7/2015) rund 80 Interessierte eingefunden haben sollen.

hma ■

„RuW“-Stammtisch im Schwarzwald

Schwarzwald / St. Georgen. Die extrem rechte Zeitschrift „Recht und Wahrheit“ will am 11. Juli von 15 bis 20 Uhr einen „Stammtisch“ im „Raum St. Georgen“ durchführen. Auf der „privaten Veranstaltung in geschlossenen Räumen“ soll u.a. ein nicht genannter Gastredner zum Thema „Argumentationsstrategie im Alltag“ sprechen. Reinhild Ufermann-Schützinger will den „Ring Nationaler Frauen“ (RNF) vorstellen, Jürgen Schützinger referiert zum Thema „Asylpolitik“. Es folgt eine Vorstellung der „Gefangenenhilfe“ und ein Liederabend mit „Fylgien“.

hma ■

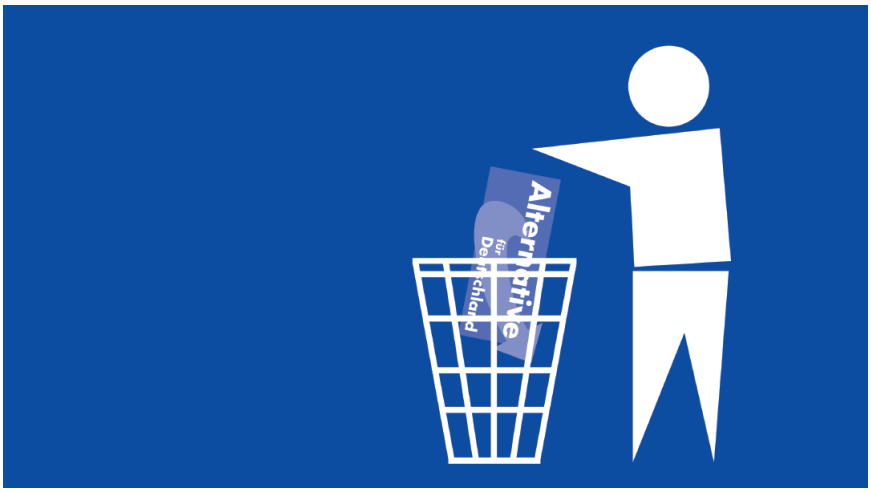
„COMPACT“-Konferenz am 24.10.

Berlin. Unter dem Motto „Freiheit für Deutschland. Für das Ende jeder Besatzung – Für Frieden in Europa“ soll am 24.10.2015 in Berlin die „4. Konferenz für Souveränität“ der Zeitschrift „COMPACT“ stattfinden. Als Referenten angekündigt werden neben Jürgen Elsässer der ehemalige Verteidigungsstaatssekretär Willy Wimmer (CDU), der frühere Bun-

Liebe Freundinnen und Freunde der antifaschistischen nachrichten:
Die nächste Ausgabe erscheint erst wieder in vier Wochen.
Mit solidarischen Grüßen
Die Redaktion

Der deutsche „Front National“ ist aus der Taufe gehoben

Zum AfD-Parteitag in Essen



Macht- und Richtungskampf in der „Alternative für Deutschland“ (AfD) sind entschieden. Auf einem phasenweise tumultartigen Parteitag gewann Frauke Petry den Machtkampf um die Parteiführung mit 60 % der Stimmen überraschend deutlich. Das bisherige Gesicht der AfD, Bernd Lucke, ist damit vollständig entmachtet. Mit seinem Austritt wird in der nächsten Zeit gerechnet – bei Beendigung dieses Artikels zierte er sich noch ein wenig.

Aber auch der Richtungskampf ist entschieden. Die AfD hat einen deutlichen Rechtsruck vollzogen und wird sich zu einem deutschen „Front National“ entwickeln. Der Schwerpunkt der Partei verschiebt sich weg von der Euro-Frage hin zum Schüren von Ressentiments gegen MigrantInnen.

Petry bekannte sich auf dem Parteitag zu Pegida. Es seien die Bürger, die bei Pegida mitmarschieren, „für die wir primär Politik machen wollen“. Der Islam habe ein Staatsverständnis, das mit dem Grundgesetz unvereinbar sei. Lucke hingegen kritisierte zwar negative Erscheinungsformen des Islams, verteidigte aber die Religionsfreiheit auch für Moslems, wofür er ständig unterbrochen und ausgebuht wurde.

Der neue Bundesvorstand

Neben Petry wurde Jörg Meuthen aus Baden-Württemberg zum Mitvorsitzenden gewählt – ab Dezember wird er dann automatisch zum Stellvertreter und Petry alleinige Vorsitzende. Es sei denn im Satzungschaos tut sich noch etwas anderes. Meuthen gehörte als Wirtschaftsprofessor lange dem Lucke-Lager an. Als der aber den „Weckruf 2015“ als Sammlungsbewegung gegen die RechtsextremistInnen in der Partei gründete, wechselte er ins Petry-Lager.

Es wurden drei stellvertretende Vorsitzende gewählt: Alexander Gauland, der nicht müde wird zu betonen, dass in der AfD auch die seltsamsten oder rechtesten Meinungen Platz haben, solange sie nicht verfassungsfeindlich sind, Beatrix von Storch als Vertreterin des (kleinen) klerikalreaktionären Flügels und Albrecht Glaser, der die EU zu einem „linksradikalen Projekt“ erklärte. Schatzmeister wurde Klaus Fohrmann.

Die sechs Beisitzer sind: Paul Hampel, der die Lager wechselte, nachdem die EU-Abgeordnete Ulrike Trebesius ihn als ihren „örtlichen Assistenten“ wegen Untätigkeit entlassen hatte; Alice Weidel, die geradezu hasserfüllt gegen Gendermainstreaming und eine angebliche „Frühsexualisierung“ der Kinder wetterte; Julian Flak als Vertre-

→

desminister Andreas von Bülow, der Staatsrechtler Karl Albrecht Schachtschneider, Natalia Narotchnitskaya und John Laughland vom russischen Think Tank IDC, der „Kopp-Verlag-Autor F. William Engdahl und Thierry Meyssan („Voltairenet“). Angefragt ist auch Ron Paul aus den USA, Präsidentschaftsbewerber der „Republikaner“ im Jahr 2012. Der genaue Veranstaltungsort ist derzeit noch unbekannt. Eine Presseakkreditierung „finde nicht statt“, so die Veranstalter.

hma ■

„Ukraine über alles!“

„Ein Expansionsprojekt des Westens“ ist der Untertitel des jüngst erschienen Buchs von Jörg Kronauer. Die kritische Betrachtung der Rolle des Westens im Ukraine-Konflikt beginnt vor rund 100 Jahren beim Geopolitiker Paul Rohrbach. In seinen „Orangentheorie“ genannten Plänen für eine endgültige Zerschlagung Russlands spielte die Ukraine schon damals eine wichtige Rolle. Einen historischen Überblick über die „Befreiung der Nation“ gibt Erich Später in seinem Beitrag, in dem es u.a. um den ukrainischen Nationalismus während der deutschen Besetzung im 2. Weltkrieg geht. Die umfangreichen Einflussversuche durch westliche Staaten auf die Ukraine seit 1990 geben einen tiefen Einblick darin, wie es letztlich zum „Maidan“-Putsch kommen konnte. Auch die Rolle der ukrainischen Neofaschisten an diesem Ereignis und den darauf folgenden Gewalttaten u.a. im Osten des Landes spielt in diesem Buch eine wichtige Rolle. Eine fundierte Darstellung der Hintergründe zum aktuellen Geschehen in der Ukraine.

hma ■

Jörg Kronauer, „Ukraine über alles! Ein Expansionsprojekt des Westens“, konkret texte 66, Hamburg 2015, 215 S., 19,80 Euro

Bundesregierung ist mitverantwortlich für Neonazi-Gewalt

„So berechtigt die Empörung über den Anstieg von Gewalttaten durch Nazis ist – die sogenannte Mitte der Gesellschaft trägt eine Mitverantwortung dafür“, erklärt die innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Ulla Jelpke, mit Blick auf die Vorstellung des Verfassungsschutzberichtes. Darin wird festgestellt, dass die Zahl rechtsextremer Gewalttaten mit fremdenfeindlicher Motivation mit 512 den höchsten Stand seit Beginn der systematischen Erfassung solcher Delikte im Jahr 2001 hat. Besonders eklatant ist die Zunahme von Angriffen auf Flüchtlingsheime von 55 im Jahr 2013 auf 170 im Vorjahr. Jelpke weiter:

„Die Verdreifachung von Straftaten gegen Asylbewerber-Unterkünfte ist ein Alarmsignal für alle Demokratinnen und Demokraten. Dass militante Neonazis vor allem Anschläge auf Flüchtlinge zum Kern ihrer Strategie gemacht haben, kommt aber nicht von ungefähr. Neonazis segeln auf einer Welle rassistischer Statements, die bis in die ‚Mitte der Gesellschaft‘ reichen. Zwischen der rassistischen Hetze von Pegida und den Gewalttaten der Nazis gibt es einen offensichtlichen Zusammenhang. Aber auch die Bundesregierung trägt das Ihre dazu bei, ein Klima zu schaffen, in dem Flüchtlinge als Bedrohung wahrgenommen werden.

Wer den Kampf gegen rechtsextreme Gewalt ernst nimmt, muss den Nazis auch politisch das Wasser abgraben. Dazu gehört, dass insbesondere die Politiker der Unionsparteien endlich damit aufhören, Flüchtlinge speziell aus den Balkanstaaten zum Feindbild aufzubauen. Flüchtlinge sind keine Bedrohung, sondern Menschen, die aus existenzieller Not fliehen und unseren Schutz brauchen – diese Auffassung muss endlich auch die Bundesregierung mit Nachdruck vertreten. Sonst macht sie sich weiterhin mitschuldig an den rechtsextremen Angriffen auf Flüchtlinge.“

30.6.2015; Ulla Jelpke, MdB, Innenpolitische Sprecherin, Fraktion DIE LINKE. im Deutschen Bundestag ■

CDU-Politik in Sachsen befeuert Rassismus

„In Meißen und Freital erntet die sächsische Landesregierung die faulen Früchte ihrer Toleranz gegenüber rassistischen Stimmungen im Land. Die monatelange Kampagne gegen angeblichen Asylmissbrauch insbesondere durch Flüchtlinge vom Balkan, aber auch der Flirt mit Pegida und Co. haben zu einem brandgefährlichen Gemisch geführt, das sich nun leider auch im Wortsinn entzündet hat“, erklärt die innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Ulla Jelpke, nach dem Brandanschlag auf ein für die Aufnahme von Flüchtlingen vorgesehenes Haus im sächsischen Meißen. Die Abgeordnete weiter:

„Dass es sich bei dem jüngsten Anschlag keineswegs um einen Einzelfall handelt, macht die Antwort der Landesregierung auf eine Anfrage der sächsischen Linksfraktion deutlich. Demnach verübten Rassisten und Neonazis im Freistaat in den ersten fünf Monaten des laufenden Jahres bereits 31 Straftaten gegen Flüchtlingsunterkünfte – von Volksverhetzung und Körperverletzung bis hin zu Band- und Sprengstoffanschlägen. …

29.6.2015 – , Ulla Jelpke, MdB ■

---

ter der „Jungen Alternative“, der den Abgang der „Weckruf“-Mitglieder mit den Worten begrüßte, endlich seien die „Linksfaschisten“ weg; André Poggenburg, der mit der Neuen Rechten sympathisiert; Dirk Driesang und Georg Pazderski, der als Bundesgeschäftsführer von Lucke wegen Unfähigkeit entlassen wurde.

Mit von Storch, Glaser, Flak und Poggenburg steht ein Drittel des neuen Bundesvorstands rechts von Petry – Meuthen und eventuell Fohrmann sollen das gemäßigtere Spektrum abbilden, dürften aber zu wenig Einfluss haben, um als Feigenblatt zu taugen. Die sechs anderen gehören zum Petry-Lager.

Der unterlegene Lucke-Flügel tut sich schwer mit einer Reaktion auf den Rechtsruck. Etliche führende Köpfe des „Weckrufs“ sind Landesvorsitzende oder Abgeordnete. Sie wollen die Partei nur ungern verlassen. Die „Weckruf“-Mitglieder sind da entschlossener – es hagelt Austrittserklärungen. Das wird der „Weckruf“-Führung ein Konzept à la „wir bleiben drin und holen die Mehrheit zurück“ erschweren, weil das nötige Personal fehlen würde.

Immerhin gibt es auch konsequentere Gegner des neuen Kurses. So sind der ehemalige nordrhein-westfälische Landesvorsitzende Alexander Dilger und Hans-Olaf Henkel ausgetreten, weil „sich die Mehrheit … nicht nur für einen scharfen Rechtsaußenkurs, sondern auch für Pöbelei, Protest und dem Verbreiten von Vorurteilen entschieden“ habe (Henkel). Der EU-Abgeordnete Joachim Strabatty hat ebenfalls seinen Austritt angekündigt. Der Aderlass der AfD an kompetenten und etwas bekannteren Personen sollte zu einem großen Problem der Rechtspartei werden.

Ein weiteres Problem ist das Finanzchaos. Zwar hat die AfD drei Millionen Euro in ihrer Kriegskasse, zugleich wurden aber verschiedene Ausgaben falsch oder ohne Belege verbucht. 500 000 Euro Mitgliedsbeiträge fehlen noch; es wurde ein Konto mit 35 000 Euro Guthaben gefunden, von dem niemand wusste. Der Rechnungsprüfer hat sich deshalb gegen die Entlastung des alten Vorstands ausgesprochen, der Parteitag folgte ihm mit großer Mehrheit.

Fazit: Die Rechtsverschiebung ist auch an der Zusammensetzung des neuen Vorstands ablesbar. In der Partei herrschen Durcheinander und gegenseitiges Misstrauen. Dass nach dem Abgang des eher gemäßigten Parteiflügels Ruhe einkehren wird, ist mehr als Ungewiss. Deutschland hat jetzt seinen „Front National“. Ob die AfD aber an dessen Erfolge wird heranreichen können, ist sehr zweifelhaft.

F ■

Noch mehr zum Verfassungsschützer Andreas Temme

Der heutige Verhandlungstag stand im Zeichen der erneuten Vernehmung des Kasseler Verfassungsschutzmitarbeiters Temme und seiner Ehefrau. Wie schon berichtet, hatte die Nebenklage im Wege der Akteneinsicht beim Bundeskriminalamt verschiedene Telefongespräche zwischen Temme und seinen Kollegen sowie zwischen seiner Frau und deren Schwester ausgegraben, die die bisherige Version Temmes, er habe nichts gesehen, nichts gehört und nichts getan, in Frage stellen.

Die Hauptverhandlung begann allerdings mit einem Antrag der Angeklagten Zschäpe selbst, die Befragung weiterer Zeugen erst nach Beiordnung des Rechtsanwalts Grasel als weiteren Pflichtverteidiger durchzuführen. Grasel hatte sie bisher nur außergerichtlich in der JVA aufgesucht und beraten, ein Antrag auf seine Beiordnung als weiteren Pflichtverteidiger oder im Austausch gegen die abgelehnte Rechtsanwältin Sturm lag bislang noch gar nicht vor. Vielmehr war es offensichtlich eine Idee des Vorsitzenden gewesen, Rechtsanwältin Sturm als Zwangsverteidigerin gegen den Willen Zschäpes im Verfahren zu belassen und gleichzeitig dem Wunsch Zschäpes nach einem Vertrauensanwalt durch Beiordnung Grasels nachzukommen. Zschäpe hat diese Idee jedenfalls heute aufgenommen. Ob Grasel beigeordnet wird, entscheidet sich erst in den nächsten Tagen. Der Antrag auf Unterbrechung wurde allerdings umgehend zurückgewiesen – genügend Zeit für Grasel, sich in die Akte einzuarbeiten, besteht ohnehin nicht.

Nach diesem Intermezzo wurde ein ehemaliger Freund von Uwe Mundlos zu Ende vernommen, dessen Befragung am 12.05.2015 nicht beendet werden konnte. Die Befragung erbrachte nichts Neues.

Danach wurde die Ehefrau Temmes befragt. Diese hatte sich in einem Telefongespräch mit ihrer Schwester unter anderem zu einer Plasktiktüte ausgelassen, die ihr Mann einem Zeugen zu Folge am Tatort bei sich hatte, was er gegenüber der Polizei geleugnet hatte. Im Telefonat sagte sie, sie habe ihm immer schon gesagt, er solle keine Plastiktüten mitnehmen. Als Frau Temme das Telefonat vorgespielt wurde, erstarrten die Zuhörer streckenweise, denn es war zu hören, wie sie sich gegenüber ihrer Schwester auf ekligste Weise in türkenfeindlichen Sprüchen erging und sich über den Mord an Halit Yozgat lustig machte. Auch diese Erkenntnis über die Stimmung in der Familie des dubiosen Verfassungsschützers passt ins Bild. Die Frage der Plastiktüte führte allerdings zu nichts.

Allerdings bestätigte Frau Temme, dass ihr Mann in den Monaten vor dem Mord regelmäßig nachts zu Hause mit seinem Laptop „im Internet“ gewesen sei als sie bereits schlafen gegangen war. Ein weiterer Hinweis darauf, dass die Geschichte, er sei trotz entgegengesetzter dienstlicher Weisungen in das Internet-Café der Familie Yozgat gegangen, weil er sonst keine Gelegenheit gehabt habe, im Internet zu chatten, gelogen ist.

Temme selbst war sehr gut vorbereitet, hatte sich aus der Presse alle zugänglichen Informationen, auch über die abgehörten Telefonate, besorgt und parierte alle Fragen mit vorbereitet wirkenden Plattitüden.

Nach der Befragung Temmes ergriff der Vater des Ermordeten Halit Yozgat die Gelegenheit, eine Stellungnahme abzugeben. Er beantragte unter anderem, eine Ortsbesichtigung des Cafés in Kasse durchzuführen, weil eine solche deutlich machen würde, dass die Aussage Temmes, er habe den toten Halit Yozgat nicht gesehen, als er das Café verließ, gelogen ist. Herr Yozgat sprach vielen Anwesenden aus der Seele, als er fragte: „Dieser Mann, Herr Temme, lügt. Wir wissen alle, dass er lügt. Wieso wollen wir die Wahrheit nicht sehen?“

http://www.nsu-nebenklage.de
30.06.2015

Erneut „keine Erinnerung“

Ein weiterer V-Mann-Führer von Carsten Szczepanski sagt aus – ein weiteres Lehrstück dafür, dass der Verfassungsschutz und sein V-Mann-System ersatzlos abgeschafft gehören…

Am Nachmittag sagte Reiner Görlitz aus, der ehemalige V-Mann-Führer des Brandenburger Nazikaders und Informanten Carsten Szczepanski (vgl. zu dessen Aussagen die Berichte vom 03.12.2014 und 13.01.2015). Er erschien vor Gericht im Kapuzenpullover mit tief ins Gesicht gezogener Kapuze, und – so der Eindruck mancher ZuhörerInnen – mit technisch veränderter Stimme.

Inhaltlich schaffte Görlitz es, die Auftritte anderer „Verfassungsschützer“ vor ihm noch zu übertreffen. Insbesondere versuchte auch er, sich möglichst vor jeder konkreten Aussage zu drücken. Er bestätigte nur kurz den Inhalt der dem Gericht bekannten Deckblattmeldungen über Angaben Szczepanskis, in der Regel mit den Worten „wenn ich das so aufgeschrieben habe…“. Ansonsten gab er vor, sich an praktisch nichts zu erinnern – nicht an die Namen maßgeblicher „Blood & Honour“-Kader, nicht an Informationen über Waffenbesorgung oder über die Auflösung von „Blood & Honour“ Sachsen, nicht einmal an die Nummer, unter der der V-Mann Szczepanski geführt worden war. Insbesondere wollte er sich auch nicht mehr daran erinnern, dass seine Behörde – wie von Szczepanski in der Hauptverhandlung geschildert – diesen bei der Herausgabe seines Fanzines „United Skins“ aus der Haft heraus unterstützt und auch die Inhalte mit ihm besprochen hatte.

Der Vorsitzende fragte noch einmal nach, erinnerte den Beamten auch an seine Pflicht, sich auf die Zeugenaussage vorzubereiten. Er stieß aber auf Granit, Görlitz blieb dabei, keine Erinnerung zu haben – er habe eine aus acht Leitz-Ordnern bestehende Akte „zu dem Fall“ zwar noch einmal gelesen, aber die sei so umfangreich… Das wirft natürlich die Frage auf, welche verfahrensrelevanten Informationen in dem Teil der Akte Szczepanski schlummern, der dem Gericht und den Verfahrensbeteiligten nicht vorliegt.

Görlitz hat Szczepanski von 1994 bis mindestens 1999 betreut, also noch nachdem der zweite V-Mann-Führer Meyer-Plath das Landesamt verlassen hatte. Szczepanski hatte 1998 mehrfach Informationen über Zschäpe, Mundlos und Böhnhardt geliefert. Beim letzten Treffen mit Meyer-Plath hatte er erneut den Auftrag erhalten, „dran“ zu bleiben. Allerdings liegen dem Gericht keine weiteren Meldungen des V-Mannes zum NSU vor.

Dass der Zeuge Görlitz sich heute an nichts erinnern wollte als an die in der Anklage erwähnten Meldungen, kann auch bedeuten, dass seinem Amt sehr viel mehr Informationen vorliegen, die aber nicht offengelegt werden sollen. …

Am Ende wurde die Vernehmung des Zeugen unerwartet unterbrochen und ihm mitgeteilt, dass er ein anderes Mal erneut anreisen muss, weil die Verteidigung Wohlleben für bestimmte Fragen den Ausschluss der Öffentlichkeit beantragt hatte und das Gericht hierüber keine schnelle Entscheidung treffen wollte. Eine Entscheidung zu dem Antrag der Verteidigung, in der dann auch die von der Verteidigung vorgetragenen Gründe dargelegt werden, wird wohl erst zu Beginn der erneuten Vernehmung von Görlitz gefällt werden.

http://www.nsu-nebenklage.de
1.7.2015

Rechte Hooligans: wieder marschieren

KÖLN/ESSEN – „Köln 2.0 – friedlich und gewaltfrei gegen islamischen Extremismus“ – unter diesem Motto hat der „pro NRW“ -Vize Dominik Roeseler für den 25. Oktober 2015 einen Aufmarsch angemeldet. Dies wurde durch Recherchen von „Faszination Fankurve“ bekannt. Am Jahrestag der Kölner „Hooligans gegen Salafisten“-Demonstration, die 2014 in einer Straßenschlacht mit der Polizei mündete, sollen sich erneut rechte Hooligans, Neonazis und RechtspopulistInnen in der Domstadt versammeln.

Veranstaltende Gruppe sind diesmal nicht die „Hooligans gegen Salafisten“ (HoGeSa), sondern der Verein „Gemeinsam-Stark Deutschland“ (GSD), für den sich Roeseler seit dessen Gründung im Januar betätigt. Die ursprüngliche HoGeSa-Struktur war in den Wochen nach den Versammlungen in Köln und Hannover aufgrund interner Streitigkeiten zerfallen. Die Mehrheit der OrganisatorInnen hatte sich „Gemeinsam-Stark Deutschland“ zugewandt. Von den HoGeSa war nur noch wenig zu hören, so wurde ein geplanter Aufmarsch am 18. Januar in Essen wieder abgesagt. (Siehe dazu auch den Artikel in LOTTA #58)

Umso erstaunlicher ist, dass Dominik Roeseler in einer Ansprache auf YouTube verkündete, das „gesamte alte Orgateam“ sei im Oktober wieder mit dabei. Ausdrücklich nannte er auch den Herner Andreas „Kalle“ Kraul, der als einer der wenigen in der HoGeSa-Struktur verblieben war. Im März hatte Kraul, der immer mal wieder behauptete, mit Neonazis nichts zu tun zu haben, den offenen Schulterschluss mit „Die Rechte“ vollzogen. Er reiste mit einer größeren Gruppe zum Aufmarsch am 28. März nach Dortmund. Bei der Frage, ob Kraul auf der Bühne sprechen werde, wollte sich Roeseler nicht festlegen. Aber: „Wenn er reden möchte, darf er reden, immer“, so Roeseler. Ausgeschlossen worden sei aber ein anderer alter Mitorganisator, den Roeseler als den „Hennefer Pausenclown“ bezeichnete und den er für spalterische Aktivitäten verantwortlich machte. Es dürfte sich bei dem so gescholtenen um einen als „Kai Linxweiler“ auftretenden Hooligan handeln.

Roeseler und GSD sind nicht die einzigen, die in NRW rechte Hooligans und RassistInnen auf die Straße bringen wollen. Die in ähnlichen Milieus mobilisierende Gruppe „Widerstand Ost West“ um Ester Seitz, teilte auf ihrer ersten, von lediglich 150 Personen besuchten Veranstaltung am Samstag in Frankfurt/Main mit, zukünftig auch in NRW aktiv werden zu wollen. Veranstalter soll Ferdinand Gerlach, der ehemalige Landesvorsitzende von „Die Freiheit“ und aktuell kommissarischer Kreisvorsitzender der „Republikaner“ in Recklinghausen sein. Als Ort wurde Essen genannt.

Roeselers durch die jüngsten Austritte dezimierte Partei „pro NRW“ unterstützt den Aufmarsch in Köln ausdrücklich. In einer Mitteilung kündigte sie zudem eine weitere Demonstration in Essen an: „In Essen wird es neben mehreren Mahnwachen gegen den Asylmissbrauch auch eine vom stellvertretenden PRO-NRW-Vorsitzenden Dominik Roeseler angemeldete islamismuskritische Demonstration geben, die auf die auch im Ruhrgebiet zunehmende Problematik mit radikalisierten Anhängern des Islam aufmerksam machen soll“, so „pro NRW“.

25.6.2015, http://www.lotta-magazin.de

■

Pegida-Hamburg gespalten – jetzt „Widerstand Hamburg“

Während die rassistischen Pegida-Aufmärsche in Dresden zunehmend an Beteiligung und Aufmerksamkeit verlieren, hat sich der offizielle Ableger in Hamburg zerlegt bevor sich die „Patriotischen Europäer“ in Hamburg auch nur ein einziges Mal auf die Straße wagten. Im Gegenteil: Anfang Januar demonstrierten 5000 HamburgerInnen vorbeugend gegen Pegida-Aufmärsche in Hamburg und solidarisierten sich mit den Pegida-GegnerInnen in Dresden.

Die Mehrheit der ehemaligen Hamburger PedigistInnen (HHGida) hat sich nun unter dem Namen „Widerstand Hamburg“ dem Netzwerk „Widerstand Ost-West“ angeschlossen. Dies ist seinerseits ein westdeutsch geprägtes Konkurrenz-Bündnis um eine Ester Seitz zu dem Dresdner Pegida-Verein um Lutz Bachmann und die ehemalige Hamburgerin Tatjana Festerling. Gleichzeitig steht Hamburg möglicherweise ein größerer Nazi-Hooligan-Aufmarsch ins Haus.

Der HHGida-Kreis versuchte seit Monaten sich als Struktur zu konstituieren, suchte ein Vereinslokal, Öffentlichkeit und plante natürlich auch einen eigenen Aufmarsch in Hamburg, ursprünglich für den 30. August. Glaubt man den öffentlichen Stellungnahmen, dann sind die gut ein Dutzend Hamburger Hinterzimmer-RassistInnen aber nicht weit über völkische Luftschlösser, virtuelles Gepöbel und ein paar Skype-Konferenzen hinaus gekommen. Zuletzt beklagten sie sich mehrheitlich über eine angebliche Bevormundung durch Pegida-Dresden. Einerseits wurde man in Hamburg wohl unter Druck gesetzt, endlich auf die Straße zu gehen, andererseits fürchtete man dass „zehntausend rote Faschos“ (O-Ton), dies in Hamburg behindern würden. Also suchte man Verstärkung noch weiter rechts und landete bei Nazi-Kader Thorsten de Vries der ebenfalls einen Aufmarsch plant, allerdings zwei Wochen später und weniger auf bürgerliche Biedermänner, denn auf Hooligans und Neonazis ausgerichtet.

Dies gefiel nun wiederum den auf Reputation bedachten PedigistInnen aus Dresden so gar nicht und so kam es in Hamburg zur Spaltung.

Die alte HHGida betreibt momentan nur noch die übliche rassistische Hetze auf Facebook, die Domain der offiziellen Homepage steht zum Verkauf und ein eigener Aufmarsch ist momentan gar nicht mehr angekündigt. Eine Anmeldung lag für den wochenlang beworbenen Aufmarsch laut Versammlungsbehörde (Stand 20. Mai) sowieso nie vor.

Die Abspaltung „Widerstand Hamburg“ um einen Mann der sich Nino de Farfalla nennt, bewirbt jetzt offen den geplanten Nazi-Hooligan-Aufmarsch um den vorbestraften Schläger Thorsten de Vries. Letzterer geht sogar soweit, der verbliebenen HH-Gida die Existenzberechtigung abzusprechen: „ES GIBT AKTUELL KEINE PEGIDA IN HAMBURG. Es gibt auch keine Gruppe in Hamburg, die von der PEGIDA aus Dresden und der Pegida Führung autorisiert ist in Hamburg Pegida-Spaziergänge oder Demonstrationen durchzuführen.“ Und er kündigt an, dass es nur einen gemeinsamen „überparteilichen“ Aufmarsch, auch mit Pegida-RednerInnen im September geben werde. Ob auch dies mehr als nur Internetblase und Großmaultum ist, wird sich auch an der Größe des ersten Aufmarsches von „Widerstand Ost-West“ am 20. Juni in Frankfurt zeigen (Die Veranstaltung in Frankfurt hatte ca.: hundert, die Gegendemonstration 2000 Teilnehmer. Red). Das Bündnis will an diesem Tag erstmals seit den „Hooligans gegen Salafisten“ (HoGeSa) im vergangenen Oktober in Köln schaffen, in einer westdeutschen Großstadt einen Aufzug gegen Zuwanderung und die „Islamisierung“ durchzusetzen. Demo-Anmelderin Seitz und ihre Mitstreiter bewerben ihr Vorhaben am liebsten mit Superlativen: Man plane die „geilste, größte, spektakulärste Demonstration“, die Deutschland je gesehen habe, heißt es auf der Facebook-Seite von „Widerstand Ost West“.

Eines scheint sich abzuzeichnen. Der Personenkreis der noch unter HHGida firmiert war über Monate unfähig einen Aufmarsch durchzuführen und die neue Abspaltung „Widerstand Hamburg“ fühlt sich alleine zu schwach dies zu tun. So bleiben die Planungen von de Vries und seinem Vorbereitungskreis die eigentliche

Angriff auf Kobanê erfolgte aus der Türkei – Zahl der Todesopfer steigt auf 231

Nachdem am 27. Juni die kurdischen Volksverteidigungseinheiten der YPG vermeldeten, dass die letzten bewaffneten Auseinandersetzungen mit den Angreifern des Islamischen Staates (IS) erfolgreich beendet worden sind, kommen nun die Details des Angriffs des IS zum Vorschein. Ein Mitglied des IS, das bei dem Angriff auf Kobanê beteiligt war, sich aber dann den Einheiten der YPG ergeben hat, gab bekannt, dass der Großteil der Angreifer über die türkische Grenze in die Türkei eingesickert ist. Bei dem erneuten Angriff des IS auf die Stadt Kobanê ist die Zahl der zivilen Todesopfer unterdessen auf 231 gestiegen. Bei ihrer gestrigen Erklärung gab die YPG auch bekannt, dass in Kobanê alle vom IS als Geisel genommenen Zivilisten befreit werden konnten.

Angriff auf Kobanê von zwei Fronten

Wie ein ägyptisches IS Mitglied, das sich den kurdischen Einheiten ergeben hat, berichtet, waren insgesamt 84 Kämpfer des Islamischen Staates an dem Angriff auf Kobanê beteiligt. 80 Mitglieder des IS sind bei den Auseinandersetzungen mit den Einheiten der YPG und YPJ (Frauenverteidigungseinheiten) getötet worden, drei weitere flohen über die türkische Grenze. Nur das genannte IS Mitglied aus Ägypten stellte sich lebend den kurdischen Verteidigungseinheiten. Dieser machte nun Aussagen über den Hergang des Angriffs auf den Kanton Kobanê. Demnach sei die Hauptgruppe der Angreifer mit schweren Waffen aus der Türkei nach Kobanê gelangt. Eine zweite Gruppe sei über die Straße von Helince in die Stadt gelangt. Der Vorwurf, dass die Türkei als Ausgangspunkt für den Angriff fungierte, wird durch die Dokumente, die bei einem getöteten IS Mitglied gefunden wurden, weiter verhärtet. Bei einem 23jährigen getöteten Mitglied des Islamischen Staates wurde ein Einwohnerausweis eines türkischen Flüchtlingscamps in Akcakale, das von der Behörde für Katastrophen- und Notfallmanagement (AFAD) geleitet wird, gefunden.

Die Auseinandersetzungen nach dem Eindringen des IS konzentrierten sich auf den Stadtteil Kaniya Kurda, sowie auf dem Platz der Freiheit (Qada Azadî) und in der Umgebung des Mişlenur Krankenhauses. Vor dem Krankenhaus seien die IS Kämpfer in Uniformen der YPG verkleidet gewesen und hätten eine Vielzahl von aufgeschreckten Kinder und Frauen, die bei den vermeintlich kurdischen Einheiten Schutz suchen wollten, grausam ermordet.

Schwere Explosion in Hesekê

Seit 4 Tagen liefern sich Kämpfer des IS und des syrischen Regimes schwere Gefechte in Hesekê. In der Folge flohen zahlreiche Zivilisten aus den überwiegend arabisch bewohnten Stadtteilen in die von der YPG kontrollierten Teile der Stadt. Bei einem Mörserangriff des IS auf ein Öldepot des Regimes kam es zu einer schweren Explosion.

Haseke Pressemitteilung vom Civaka Azad – Kurdisches Zentrum für Öffentlichkeitsarbeit e.V., 28.06.2015

PYD: Die Türkei muss von ihren Drohungen abrücken

Der Kovorsitz der Partei der Demokratischen Einheit (PYD) veröffentlichte angesichts der Interventionsdrohungen des türkischen Staates in Rojava und Syrien folgende hier auszugsweise abgedruckte Erklärung:

„Nach den Drohungen von Vertretern der türkischen Regierung hat sich die türkische Armee in der Nähe der syrischen Grenze stationiert. … Als politischer Teil der demokratisch-autonomen Verwaltung verhalten wir uns immer dem internationalen Recht entsprechend. Wir nähern uns an die zwischenstaatliche Grenzen und die Nachbarn mit Respekt und den internationalen Vereinbarungen entsprechend.

Wir haben nicht die Absicht einen unabhängigen Staat zu gründen. Die Behauptungen des Staatspräsidenten der Türkei haben weder Hand noch Fuß. Mit der Entwicklung der demokratisch-autonomen Verwaltung versuchen wir im syrischen Chaos mit an einer Lösung zu arbeiten. Die demokratisch-autonome Verwaltung ist ein System, welches alle Nationen, Konfessionen und Glaubensrichtungen trägt. Die angesprochene Thematik ist zudem eine interne Angelegenheit, eine Angelegenheit der Völker Syriens. Die Nachbarstaaten verfügen nicht über das Recht zu intervenieren. … Den internationalen Vereinbarungen zufolge kämpfen wir gegen den Terrorismus. Wir verhalten uns dem internationalen Recht entsprechend. Einige unserer Kriegspartner sind gleichzeitig auch die Partner der Türkei. Aus diesem Grund wird ein Angriff auf die YPG-Kräfte und deren Partner in Rojava den terroristischen Gruppen in die Hände spielen.

Eine militärische Intervention in Rojava wird … den politischen Zustand von Syrien und dem Mittleren Osten in ein …

Wir erhoffen von den [westlichen] Staaten, insbesondere von Amerika und Frankreich, die mit der Türkei Teil der NATO sind, dass sie einer wahrscheinlichen Intervention der Türkei in einen bestimmten Teil von Rojava und Syrien keine Erlaubnis geben werden.

Die Kräfte der YPG und deren Verbündete haben die Region Rojava vor dem diktatorischen Regime und den bandenhaften Gruppen verteidigt. Sie haben viele Opfer für die Verteidigung von Rojava gegeben. Gegenwärtig sind wir auf jegliche Angriffe vorbereitet, egal aus welcher Richtung sie auch kommen sollten.

Wir wollen ein System, welches in einem demokratischen Rahmen die Einheit Syriens und alle Rechte und Vorkommen schützt. Wir wollen auf der Grundlage von guten Beziehungen zu den Nachbarländern in Kontakt zu den Gesellschaften treten. …“

PYDHawar News, 01.07.2015
Quelle: http://civaka-azad.org ■

Gefahr. Der ehemalige NPD-Mann, Rechtsrock-Händler, HSV-Fan und Hooligan besitzt vielfältige und langjährige Kontakte sowohl in die Partei, wie auch in die rechte Subkultur, zum Hooligan-Spektrum und dessen Lieblingsband „Kategorie C“. Persönlich ist er wild entschlossen seinen Aufmarsch unter dem Motto „Tag der deutschen Patrioten“ am 12. September auch gegen behördlichen Widerstand durchzusetzen. Angemeldet ist bisher eine Route durch die Hamburger Innenstadt. Und de Vries hat auch seinen Ruf zu verteidigen, schließlich bepöbelte er nach den HoGeSa-Krawallen in Köln Teile der Kölner Marschierer als „Spastis“ und versprach es mit einem eigenen Aufmarsch besser zu machen. Ob der egomanische und streitlustige de Vries allerdings die verschiedenen Spektren aus NPDlerInnen, Kameradschaften, Hooligans, und (Ex-)PedigistInnen vereinen kann wird sich zeigen. AntifaschistInnen sollten sich trotzdem Gedanken über den möglicherweise größten rechten Aufmarsch seit dem 2. Juni 2012 (Tag der deutschen Zukunft) machen und Gegenaktivitäten rechtzeitig planen.

Felix Krebs, 25. Juni 2015 (vollständig veröffentlicht in den Lokalberichten Hamburg 13/14 2015 ■

Zur Einwanderungspolitik in Frankreich und einigen aktuellen Migrantenkämpfen

In Italien zeigt man sich schwer erzürnt. „Wenn Frankreich“, gemeint sind die offiziellen Repräsentanten des Staates, „redet wie Madame Le Pen“, titelt die Turiner Tageszeitung La Stampa. „Die egoistischen Staaten machen kein Europa“ (Gli stati egoisti non fanno Europa) steht auf Plakaten, die die sozialdemokratische Regierungspartei PD verkleben lässt[1]. Und der amtierende Senatspräsident Pietro Grasso sekundiert: „Der Traum einer solidarischen Europäischen Union, der in den 1920er Jahren geboren wurde, droht auf den Felsen von Ventimiglia zu sterben.“

Gegenstand der Empörung ist die französische Migrationspolitik, die an der gemeinsamen Grenze auf der Höhe zwischen Nizza und Ventimiglia (französisch Vintimille) darin besteht, systematisch alle aufgegriffenen Migranten in Richtung Italien zurückzuschieben. Zwar erlaubt das Schengen-Abkommen Kontrollen in Zügen und anderen Verkehrsmitteln in einer Dreißig-Kilometer-Zone beiderseits einer innereuropäischen Grenze. Doch verletzt die derzeitige Praxis, die de facto auf eine Wiedereinführung systematischer Grenzkontrollen für unerwünschte Reisende – etwa Flüchtlinge aus Eritrea, dem Sudan und anderen afrikanischen Staaten oder aus Syrien – hinausläuft, bestehende EU-Abkommen zur Freizügigkeit. Auch wenn diese Reisefreiheit für die Angehörige von „Drittstaaten“ stets eine relative war, ist doch die derzeitige französische Staatspraxis nur schwer in Einklang mit der Theorie zu bringen.

Rund 8000 Migranten, die einen Asylantrag stellen könnten, sollen seit Jahresbeginn 2015 und bis Mitte Juni dieses Jahres über die italienisch-französische Grenze eingereist sein, 6000 wurden zurückgeschickt. Am 19. Juni 2015 waren es über 200 binnen anderthalb Tagen. In der Woche zuvor hatten um die fünfzig Geflüchtete, überwiegend aus Staaten am Horn von Afrika, deswegen auf einem Felsen im Meer auf der Höhe von Ventimiglia campiert und demonstrativ gegen die rigorose Rückschiebungspraxis protestiert. Auf der italienischen Seite wiederum versammelten sich rund 100 von ihnen zu einem Sit-in[2].

Die Polizei zerstreute auf französischer Seite die protestierenden Migranten, die meisten von ihnen kümmerten sich in der Folgezeit vor allem um inoffizielle Möglichkeiten zur Weiterreise.

Am 23. Juni 2015 widmete die französische Tageszeitung ‚La Croix‘ ihr Titelthema den Migranten an der französisch-italienischen Grenze und meldete, zu dem Zeitpunkt seien 300 von ihnen dort blockiert. Am 29. Juni d.J. erklärte dann der Conseil d‘Etat (‚Staatsrat‘), das höchste französische Verwaltungsgericht, diese Praxis inzwischen für rechtens, also ‚juristisch nicht zu beanstanden‘.

Zwischenzeitlich war die Abschottungspraxis an der Grenze in den Meeralpen zum Politikum geworden. Der italienische Europaparlamentarierin Nicola Danti (PD) spricht davon, dass „der Sieg von Marine Le Pen, noch bevor sie in den Wahlurnen gewonnen hat“, offenbar bereits „in den Herzen und Köpfen der französischen Sozialisten stattgefunden hat“.

Auch Italien hat dabei keine ganz reine Weste: Auch dort gibt es starke rassistische Kräfte, das „Fini-Bossi-Gesetz“ genannte Einwanderungsgesetz – verabschiedet unter einer Koalition aus Rechten und Rechtsextremen vor knapp zehn Jahren – zählt zu den härtesten in der EU. Und die damals mitregierende Lega Nord punktete soeben bei den Regionalparlamentswahlen vom 31. Mai dieses Jahres (bis in den Süden Italiens hinein). Doch aufgrund seiner geographischen Situation ist Italien, mit seinen ausgedehnten Mittelmeerküsten, ein Durchreiseland für viele Geflüchtete. MigrantInnen, die nicht unbedingt dort bleiben möchten, sondern lieber auf die britischen Inseln – deren Arbeitsmarkt als relativ durchlässig gilt –, nach Skandinavien oder nach Frankreich oder Deutschland weiterreisen möchten. Aus familiären Gründen, aus sprachlichen, oder weil in den betreffenden Ländern bereits eine Community aus ihren Herkunftsländern lebt. In den Küstenregionen zeigt sich die örtliche italienische Bevölkerung oft in Teilen hilfsbereit und bewegt von den menschlichen Schicksalen der Migranten. Zugleich ist ein Teil der politischen Klasse sicherlich auch dadurch motiviert, Reisefreiheit für die Migranten zu fordern, dass man insgeheim aufatmet, wenn die Menschen nach einer mehr oder minder kurzen Verweildauer in Italien weiterreisen.

Brutaler ist unterdessen die Praxis der französischen Polizei und der hinter ihr stehenden Regierung. Züge werden gestoppt, Bahnfahrpläne werden durcheinandergeworfen, um Migranten zu desorientieren oder au den Verkehrsmitteln holen zu können. Die Angestellten der staatlichen Bahngesellschaft SNCF sind dazu angehalten, Migranten, die offensichtlich „illegal“ unterwegs seien, ihre Fahrkarten abzunehmen. Energisch protestiert hat unterdessen die Eisenbahner-Branchengewerkschaft der französischen CGT. In einem offenen Brief fordert sie die abhängig Beschäftigten der französischen Eisenbahngesellschaft zum „Ungehorsam“ gegenüber einer solchen Politik auf[3].

Konservativer Spitzenpolitiker: „Wasserrohrbruch“

Der frühere Staatspräsident Nicolas Sarkozy machte unterdessen durch polarisierender Äußerungen zum Thema von sich reden. Am Abend des Mittwoch, den 18, Juni 2015 rief er anlässlich einer Veranstaltung seiner inzwischen in ‚Les Républicains‘ umgetauften Partei (ehemals UMP) in L‘Isle-Adam – rund 25 Kilometer nördlich von Paris – aus: „Es gibt kein Geld, keine Jobs, keine Wohnungen mehr. Aber sie haben sich ein Ding ausgedacht“ – wobei das Wörtchen „sie“ anscheinend die französische Regierung und die EU gleichermaßen bezeichnet. „Sie waren die Auffassung, dass die Lösung für das Einwanderungsproblem nicht darin bestünde, die Immigration zu verringern, sondern darin sie zu verteilen.“ Eine offenkundige Anspielung auf einen mittlerweile gescheiterten Plan der EU-Kommission (auf Regierungsebene unterstützt von Deutschland aber heftig bekämpft u.a. von Ungarn), 40 000 seit dem Stichtag 15. April 2015 über die Mittelmeerküsten eingereiste Flüchtlinge aus Syrien und Eritrea nach einem Schlüsselsystem über die Mitgliedsländer zu verteilen sowie 20 000 außerhalb der EU befindliche syrische Kriegsflüchtlinge aufzunehmen.

Sarkozy fuhr fort, indem er einen Vergleich zum Kanalisationssystem wählte. Die Dinge verhielten sich wie in folgender Situation: „Wenn eine Abwasserleitung platzt und sich in de Küche ergießt, dann kommt der Klempner und sagt: Behalten wir die Hälfte in die Küche und schütten wir ein Viertel ins Wohnzimmer, ein Viertel ins Schlafzimmer der Eltern, und wenn das nicht genügt, dann bleibt noch das Kinderzimmer.“[4] Es sei stattdessen erforderlich, schloss Sarkozy sinngemäß, den Abwasserfluss zu stoppen.

Diese Ausfälle Nicolas Sarkozys riefen dann doch einige heftige Reaktionen hervor. Auch der amtierende Staatspräsident François Hollande rügte seinen Amtsvorgänger dafür. Am Rande eines Staatsbesuchs in der slowakischen Hauptstadt Bratislava erklärte Hollande dazu gegenüber der Presse: „Wenn es sich um menschliche Personen handelt, wenn es um so ernste Themen geht, dann muss man – ich

glaube, das gilt jetzt für alle – diese Themen mit Ernst und also mit Selbstbeherrschung ansprechen."[5] Bei einer Online-Umfrage der Tageszeitung ‚Le Parisien' – ungefähr und sehr vergröbert vergleichbar mit dem Kölner ‚Express' – sprachen sich allerdings 63 % mit ‚Nein' zu der Frage aus, ob Ex-Präsident Sarkozy mit seinen Aussprüchen zu weit gegangen sei[6].

„Jungles" und „Camps"

Migrant/inn/en leben unterdessen in Calais, an der französischen Ärmelkanalküste – von wo aus sie gern auf die britischen Inseln übersetzen würden – in als „Jungles" bezeichneten Camps. Am Wochenende des 20./21. Juni 2015 fanden sowohl Solidaritäts- als auch rassistische Kundgebungen in Calais statt, für und gegen die Anwesenheit der MigrantInnen und Hilfeleistungen für ihre Versorgung.

In Paris entstanden in den letzten Monaten ähnliche informelle Camps. Bis in der zweiten Juniwoche 2015 wuchs ein solches, das rund 200 Geflüchtete meist aus dem Sudan und Eritrea aufnahm – entweder Asylsuchende, die im viel zu unterversorgten bestehenden Asylsystem keinen Aufnahmeplatz in Flüchtlingsheimen finden konnten, oder die aufgrund der so genannten Dublin-Vereinbarung ihren Asylantrag in Italien oder Griechenland als erstem Durchreiseland der EU stellen müssten. Also in Ländern, die selbst tief in der Krise stecken und, jedenfalls im Fall Griechenlands, keine dieses Namens würdigen Asylverfahren aufweisen.

Unter dem Vorwand, unhygienischen Bedingungen ein Ende zu setzen, wurde das Camp an der Métrostation La Chapelle – in Sichtweite vom Pariser Nordbahnhof aus gelegen – am 10./11. Juni d.J. durch die Polizei geräumt. Als Ersatz wurden den rund 200 Betreffenden allerdings nur Notaufnahmeplätze für Obdachlose, die jeweils nur für eine Nacht belegt werden können, angeboten. Örtlich entstand eine aktive und relativ breite Unterstützungsbewegung (aus Teilen der Anwohners/innen/chaft, Initiativen, „Linksfront" – ungefähr vergleichbar mit der Partei DIE LINKE in Deutschland -, NPA), die mit den Migranten zusammen mehrere Besetzungen unternahm – eine Feuerwehrkaserne, leerstehende städtische Gebäude und ein Park in der rue d'Aubervilliers wurden nacheinander besetzt. Infolge ihres Kampfes konnte erreicht werden, dass 227 Menschen Angebote für eine zeitlich unbefristete Unterbringung gemacht wurden, von wo aus jene, die es wollen, einen Asylantrag in Frankreich stellen können. Fünfzig der Betreffenden kehrten allerdings schnell an den Ausgangspunkt, den Ort ihrer Besetzung, zurück: Ihre Unterbringung im Pariser Vorort bot einen ‚wunderschönen' Ausblick auf den Stacheldraht des dort liegenden Abschiebegefängnisses. Kleinere Gruppen besetzen weiterhin einen Teil der Parkanlage in der rue d'Aubervilliers. Weitere Berichte folgen.

Bernard Schmid, Paris ■

1 Vgl. http://www.francetvinfo.fr/monde/europe/migrants/migrants-pourquoi-la-france-commence-serieusement-a-agacer-l-italie_959055.html

2 Vgl. http://www.lefigaro.fr/flash-actu/2015/06/12/97001-20150612FILWWW00410-frontiere-franco-italienne-sit-in-de-migrants.php

3 Vgl. http://danactu-resistance.over-blog.com/2015/06/migrants-bloques-a-la-frontiere-la-cgt-cheminots-appelle-la-sncf-a-desobeir.html

4 Vgl. http://www.leparisien.fr/politique/meeting-dans-le-val-d-oise-sarkozy-compare-les-migrations-a-une-fuite-d-eau-19-06-2015-4875383.php

5 Vgl. http://www.leparisien.fr/politique/la-gauche-degoutee-par-la-saillie-de-sarkozy-sur-les-migrants-et-la-fuite-d-eau-19-06-2015-4875823.php

6 Vgl. http://www.leparisien.fr/politique/sarkozy-a-t-il-ete-trop-loin-en-comparant-l-afflux-des-migrants-a-une-fuite-d-eau-19-06-2015-4876593.php

Besetzungen und Migrantenkämpfe im Pariser Stadtgebiet

Die Hitze, die Müdigkeit, die Auswirkungen des Fastenmonats Ramadhan – für diejenigen, die ihn einhalten, was nicht alle (auch nicht alle muslimischen Migranten) tun – und die Frage nach Perspektiven beginnen, Einigen auf die Gemüter zu drücken. Seit einem Monat hält ein von einem Teil der Anwohnerschaft und Linken unterschiedlicher Schattierungen sowie Solidaritätsinitiativen begleitete und unterstützte Besetzung durch Migranten im Norden von Paris an. In der Nähe des Platzes Square Rosa Luxembourg, auf einem früheren Bahngelände, campieren mehrere Dutzend von ihnen unter freiem Himmel in einem Park. Ihre Matratzen sind tagsüber neben der angrenzenden Vaclav Havel-Bibliothek aufgetürmt. Ein zweites Camp von Geflüchteten befindet sich, ebenfalls seit mehreren Wochen, auf der Höhe des Austerlitz-Bahnhofs im Zentrum von Paris, in der Nähe der Quais zur Seine hin. In beiden Fällen kommen die Migranten, und weniger zahlreichen Migrantinnen, mehrheitlich aus dem Sudan und vom Horn Afrikas: Eritrea und Somalia.

Anders als beim Austerlitz-Bahnhof im 13. Bezirk wurden die Besetzenden und ihre UnterstützerInnen am Rosa Luxemburg-Square, im 18. Pariser Stadtbezirk, bislang nicht mit offen rassistischen Anfeindungen konfrontiert. Am 26. Juni 2015 hatten dort in den Abendstunden rund dreißig Anhänger des Bloc identitaire – einer außerparlamentarischen rechtsextremen Aktivistengruppe, mit Querverbindungen zur Wahlpartei Front National – eine Stärkedemonstration zelebriert. Sie marschierten drohend auf, entrollten ein Transparent mit der Aufschrift „Geht nach Hause!" und warfen Böller auf die umherstehenden Zelte. Angesichts der Reaktionsbereitschaft der anwesenden UnterstützerInnen zogen sie dann allerdings, ganz „mutige", eilends das Weite. Ihre Vorführung hatten sie ja bereits absolviert, und kurz darauf bekannten sie sich im Internet mit einem Kommuniqué zu ihrer Großtat.

Im Pariser Norden liegt der Ort der Besetzung an einer weniger zentralen Stelle im Stadtbild. Bis vor wenigen Jahren war dieses Wohngebiet sogar weitgehend sozial ghettoisiert. „Fünfzehn Jahre lang haben wir dafür gekämpft, dass nicht ausschließlich Sozialwohnungen und noch mehr Sozialwohnungen hier entstehen, während eine kulturelle und bildungspolitische Wüste drumherum herrscht", erzählt die Stadtteilaktivistin Sabrina*, eine gebürtige Tunesierin. Sie zählt zu den aktiven Unterstützerinnen der Migranten, die den anliegenden Park besetzen. Tagelang verbringt sie bei ihrem Camp, hilft in der improvisierten Küche aus und übersetzt Arabisch für die Sudanesen unter ihnen. „Dass die Bibliothek, eine Sporthalle und eine Mittelstufenschule hier auf dem Gelände entstanden, als die Eisenbahngesellschaft SNCF es in den 2000er Jahren aufgab, ist unserer jahrelangen Anwohner/innen/mobilisierung zu verdanken. Aber jetzt kämpfen wir dagegen, dass die von uns gewünschte und geförderte kulturelle Aufwertung des Stadtteils im Nebeneffekt zu einer Gentrifizierung und einer Mietexplosion zu führen droht. Er muss für Menschen unterschiedlicher sozialer Lage erschwinglich bleiben. "

Auch die neu nach Europa geflüchteten Migranten gehören in ihren Augen unbedingt dazu. Sudanesisches Leben gibt es in dem Stadtteil im Übrigen schon langer, in der Nähe des Parks befindet sich ein kleines sudanesisches Restaurant. Jetzt im Ramadan ist es nur am Abend geöffnet. Die Speisekarte ist auf Arabisch. Die Betreiber lassen ihre Landsleute ihr schweres Gepäck, mit dem sie die lange Reise über das Mittelmeer angetreten sind, diskret in ihrem Land unterbringen und leisten ihnen auch sonst Unterstützung. Nicht alle AnwohnerInnen sehen die Dinge jedoch so. Moussa*, ein etwa

fünfzigjähriger Franzose mit tunesischen Wurzeln und arabischer Sprachlehrer, kritisiert die Anwesenheit der Migranten etwa. „In Frankreich gibt es eine hohe Arbeitslosigkeit, wir können nicht alle Welt aufnehmen. Und wir Anwohner sind langsam genervt von den Hygieneproblemen, die das offene Camp für unser Viertel mit sich bringt“, legt er los. „Mitte Juni hätte ich beinahe den Anfang meines Unterrichts verpasst, weil die Straße fast eine halbe Stunde lang blockiert war.“

An diesem Tag hatten die Unterstützer/innen demonstriert, es war der 16. Juni 2015, und die Bereitschaftspolizei CRS hatte einen Großteil des Viertels präventiv abgeriegelt. Die Pariser sozialdemokratische Bürgermeisterin Anne Hidalgo hatte insistiert, dass es keine neuen Besetzungsversuche geben dürfe.

Camp unter der Hochbahn geräumt

Zuvor waren in den frühen Morgenstunden des 9. Juni d. J. über 200 Flüchtlinge geräumt worden, die seit Wochen, zum Teil seit Monaten unter der Métrobrücke – unter der Hochbahn der Pariser Métro – an der Station La Chapelle campiert hatten. Ein „Schandfleck“, befand die offizielle Politik, der es jedoch zunächst nicht in den Sinn kam, den Menschen eine andere Unterbringungsperspektive anzubieten. Ein Teil von ihnen waren Geflüchtete, die im Asylverfahren steckten, denen jedoch beschieden worden war, es sei im Heimsystem für Asylsuchende schlicht kein Platz. Andere wollen lieber auf die britischen Inseln weiterreisen, als einen Asylantrag in Frankreich zu stellen. Oder der französische Staat fordert von ihnen, dass sie ihren Flüchtlingsstatus nach dem Dublin-Abkommen in jenem EU-Land beantragen, über den sie zuerst einreisten. Etwa über Ungarn, ein Land, über das sich viele Geflüchtete wegen rassistischer Behandlung und ebenfalls fehlender Unterbringung bitter beklagen und wohin sie auf keinen Fall zurückmöchten.

Infolge der Aktivität von Unterstützer/inne/n gab die Regierung scheinbar nach und verschaffte den Migranten von La Chapelle vordergründig Linderung. Man versprach ihnen Unterbringung – doch es handelte sich um Notunterkünfte in Obdachlosenheimen, die jeweils nur für eine Nacht zugeteilt wurden. Offensichtlich ging es nur darum, „das Problem“ nicht konzentriert an einer Stelle zu haben, sondern die Betroffenen über viele Punkte zu verteilen. „Zerstreuen wir die Flüchtlinge“, merkte ein Karikaturist der Pariser Zeitung Le Monde dazu in einer seiner berühmten Pinguinkarikaturen an. Gegenfrage : „Aber wohin?“ Antwort: „Na, irgendwohin, wo man sie danach wieder einfach zerstreuen kann.“

Daraufhin kam es zu neuen Besetzungsversuchen: in einem Park in der Nähe von La Chapelle (dem ‚Bois Dormoy‘) am 9. und 10. Juni, dann in einer Feuerwehrkaserne (am 11. Juni) und anderswo, die z.T. brutal geräumt wurden wie im Falle der Feuerwehrkaserne von Châeau-Landon im zehnten Pariser Bezirk.

In der Folgezeit versprachen die Behörden dann aber unbefristete Unterbringung für 227 Menschen und Hilfe beim Stellen von Asylanträgen. Ein Viertel der Betroffenen wurde jedoch einer Unterkunft zugeteilt, von der aus man einen direkten Blick auf den Stacheldraht des Abschiebegefängnisses von Vincennes hat. Sie flohen schleunigst und kamen in den 18. Bezirk zurück, wo sich weitere Flüchtlinge aufhielten, die nicht auf den Listen standen, etwa weil sie bei der offiziellen Zählung der 227 gerade nicht anwesend waren, sondern im Krankenhaus, bei Einkäufen oder anderswo. Sie halten heute die Besetzung aufrecht.

Kriegszustände als Fluchtgrund

Sabrina* erzählt, dass sie die Lebensgeschichten der Geflüchteten fast alle einzeln kennt. Viele von ihnen hat sie selbst übersetzt, etwa für künftige Asylverfahren? „Fast alle, die hier sind, flohen vor Kriegen, etwa in der sudanesischen Westprovinz Darfur “ Einer der Migranten hat im Übrigen gerade ein farbenprächtiges Bild gemalt. Auf ihm sieht man stilisierte Behausungen im traditionellen sudanesischen Stil. Einen Drachen, der Konflikte symbolisiert, und einen Kanal, der an einem ausgetrockneten und toten Baum vorbeiführt. Das Wasser aus dem Kanal ist auf dem Bild umgeleitet, die Linie mündet in einem Wasserhahn, der – erklärt der Maler – zu einem regierungsnahen Großgrundbesitzer gehört. Wer nicht zum Kreis der Begünstigten gehörte, ging leer aus. Wer sich zur Wehr setzte, wurde mit Gewalt ruhig gestellt. Bewaffnete Konflikte zwischen Ackernbauern, Viehzüchtern und Regierungsmilizen eskalierten.

Für viele der Migranten führte der Weg allerdings nicht direkt nach Europa, sondern zunächst nach Libyen. Bis vor wenigen Jahren war dort für Menschen aus vielen Ländern Afrikas noch Arbeit zu finden. Auch, weil unter dem alten Regime von Muammar al-Gaddafi oft die Auffassung galt, dass körperliche Arbeit tunlichst nichts für Libyer sei, so lange die Öleinnahmen vom Staat abgeschöpft wurden und die Migration anhielt. Doch der seit 2011 immer wieder aufflammende Kriegszustand vertrieb die Menschen erneut, dieses Mal aus Libyen.

Youssouf* dagegen ist selbst ein libyscher Staatsbürger. Mit seiner dunkelschwarzen Hautfarbe und seiner Strickmütze in den panafrikanischen Farben rot, gelb und grün würde man ihn eher für einen Westafrikaner halten. Doch er kommt aus Sebha, einer Oasenstadt im Süden Libyens, wo Schwarze seit Jahrhunderten ansässig sind. „Libyen war für mich in Paradies“, meint er, „Nicolas Sarkozy hat unser Paradies zerstört. Damals hatten wir Arbeit und Einkommen, heute ist überall Krieg.“ Über die Rolle des alten libyschen Regimes (welches man dabei wohl nicht unkritisiert lassen sollte) zu diskutieren, ist ein anderes Mal Zeit, das muss heute nicht sein. Wir bewundern Youssoufs Sprachfertigkeit. Er ist erst seit drei Monaten in Europa und sprach in Libyen nur Arabisch, doch heute verständigt er sich überall auf Französisch. Ende Juni nahmen Unterstützer ihn mit zu einer linken Veranstaltung in der Bidassoa-Turnhalle, die von der Neuen Antikapitalistischen Partei (NPA) organisiert worden war und den Migranten Rederecht einräumte. Die anderen beiden wurden übersetzt, aber Youssouf trug gleich auf Französisch vor.

Manche der UnterstützerInnen gehören politischen Organisationen an, wie der NPA, der „Linksfront“ (einem Zusammenschluss aus französischer KP und Jean-Luc Mélenchons Linkspartei) oder anarchokommunistischen Gruppen. Viele sind zum autonomen Spektrum zu rechnen. Allgemein herrscht jedoch eher ein Misstrauen gegenüber organisierten Strukturen vor.

Angesichts der nunmehr bereits mehrwöchigen Dauer des Camps nehmen die Spannungen unter der Hand zu, da sich die Frage nach den weiteren Perspektiven stellt. Eher linksradikale Kräfte werfen etwa der französischen KP vor, zu sehr auf Verhandlungen zu setzen; manche (nicht alle) von deren Vertreter/inne/n stecken sicherlich in einer sehr institutionellen Logik, da die KP im sozialdemokratisch geführten Pariser Rathaus mitregiert und mehrere Beisitzer stellt. Einige ihrer Repräsentanten neigen deswegen dazu, über Zahlen von Einzelschicksalen in Verhandlungen zu feilschen (so und so viele Unterbringungsplätze statt so und so viel…), anstatt sich auf das Stellen globalerer Forderungen einzulassen. Umgekehrt wird manchen den Linksradikalen, vor allem aus dem autonomen Bereich, von manchen Unterstützer/inne/n unverantwortliches Handeln vorgeworfen. So wird behauptet, einige Unterstützer hätten Migranten zugeraten, falsche Angaben zu ihrer Person zu machen – was in einem gewissen Spektrum einen üblichen Umgang mit Personalienfeststellungen darstellt, aber in einem Asylverfahren tödlich sein kann…

Eine andere Grundfrage durchzieht das Unterstützerspektrum quer durch. Einige drängen unterdessen darauf, das Leben im Camp besser zu organisieren, was zum Teil sogar erstaunlich gut funktioniert. Es gibt Französischunterricht in der Bibliothek, die täglich eine Raum dafür zur Verfügung stellt, Übersetzergruppen, einen Ausschuss für psychologische Betreuung – geleitet von einer Berufspsychologin – und eine quasi rund um die Uhr funktio-

nierende Küche. Und inzwischen auch Theaterunterricht. Ein französischer Unterstützer ist „Metroticket-Beauftragter“, andere wechseln sich bei der Begleitung zu Arzt- oder Krankenhausbesuchen ab. Wenn sich Gewitter über Paris ankündigen wie an diesem Sonntag (5. Juli), wird das vorübergehende Wegräumen sämtlichen unter freiem Himmel befindlichen Materials aus dem Camp organisiert.

Dennoch tauchen immer wieder Probleme auf. Es kommt zu Streitigkeiten im Camp, vor dem Hintergrund wachsender Nervosität der Migranten. Aber auch, weil manche Landsleute sie ausgespäht haben und in die Netzwerke von Prostitution oder andere Machenschaften hinein ziehen möchte – Flüchtlinge, die durch die so genannten Schlepperorganisationen signalisiert wurden, gelten dabei als gefundene Opfer. Ein Eritreer wurde bei einer nächtlichen Messerstecherei erheblich verletzt (vorübergehend behauptete ein Gerücht sogar fälschlich, er sei tot).

Ein Flüchtling signalisiert daraufhin bei der Vollversammlung von Migranten und Unterstützer/inne/n, es fehle ihnen bislang noch an ausreichender Erfahrung mit Selbstorganisation, da in einem Land wie dem Sudan (infolge von Jahrzehnten unter Militärdiktaturen mit und ohne islamistische Beteiligung) an eine solche nicht zu denken sei.

Manche Unterstützer/inn/en drängen deshalb auf bessere Organisation im Camp. Andere wenden ein, dies bedeute, sich darin einzurichten, wo doch klar sei, dass das Übernachten im Park nicht von längerer Dauer sein könne. Stattdessen müsse man durch stärkere politische Aktionen und Besetzungsversuche den Druck auf die Regierung erhöhen. Letztere scheint sich aber darauf einzustellen, die Situation „ auszusitzen “ und während des Sommerlochs – das in Paris einen weitgehenden Stillstand des politischen Lebens bedeutet – sich selbst zu überlassen. Lediglich Besetzungsversuche außerhalb des als sozialer Brennpunkt ein- und abgestuften Stadtteils sollen unterbunden werden. Alle Demonstrationen der Geflüchteten oder ihrer Unterstützer/innen werden deswegen seit Mitte Juni von einem riesigen Polizeiaufgebot und Spalier auf beiden Seiten begleitet (was in Paris vollkommen unüblich ist) – wie etwa anlässlich der Demo vom Samstag, dem 20. Juni 2015, an dem die Griechenland-Solidarität und die Demonstration von Migranten und Unterstützer/inne/n zu einem einheitlichen Protestzug zusammenflossen (knapp 10 000 Menschen), mit ständiger Polizeipräsenz auf beiden Seiten.

Ein Versuch einer Demonstration am Donnerstag, den 2. Juli von der rue Pajol aus wurde von polizeilicher Seite damit begleitet, dass die nähere Umgebung hermetisch abgeriegelt und die Flüchtlinge an seinem Verlassen gehindert wurden. (Allerdings soll das besonders starke Polizeiaufgebot an dem Tag auch damit zusammenhängen, dass es zuvor zu einem Zusammenstoß zwischen einigen Jugendlichen und der Polizei im Viertel gekommen war.) „ Erst sollten sie nicht hierher und den Raum besetzen “, kommentiert ein Unterstützer sarkastisch, „ aber jetzt sollen sie bitte bitte hier bleiben und nur nicht woanders hin “.

*Alle Vornamen wurden aus Sicherheitsgründen redaktionell abgeändert.

Bernard Schmid, Paris ■

1 Vgl. bspw. http://www.lefigaro.fr/actualite-france/2015/06/11/01016-20150611ARTFIG00424-a-paris-une-centaine-de-migrants-investissent-une-caserne-desaffectee.php

Jean-Marie Le Pen klagt sich in die eigene Partei zurück. Erfolgreich

Der Alte konnte sich noch einmal durchsetzen. Am 12. Juni 2015 hatte Jean-Marie Le Pen, der frühere langjährige Chef des Front National (FN) – er wurde acht Tage später nunmehr 87 Jahre alt – beim Gericht in Nanterre eine Klage gegen den „vorübergehenden Entzug seiner Mitgliedsrechts“ erhoben. Ein solcher vorläufiger Ausschluss war, infolge heftiger innerparteilicher Konflikte und Ausrichtungskämpfe, am 4. Mai 2015 durch die aktuelle Parteiführung über ihn verhängt worden (wir berichteten ausführlich in AN).

Das Gericht in Nanterre war dafür zuständig, weil der Parteisitz des FN seit 2008 in dieser Pariser Vorstadt liegt. Und es hat Jean-Marie Le Pen nunmehr in dem Urteil, das es fällte und am 2. Juli d.J. bekannt gegeben hat, Recht gegeben. Dem Richterspruch zufolge ist diese „Suspendierung“ (vorübergehende Aussetzung) der Mitgliedsrechte Jean-Marie Le Pens vereinsrechtlich zu beanstanden, weil der Zeitraum, für welchen sie verhängt wurde, nicht präzisiert worden war.

Die aktuelle Parteichefin Marine Le Pen spricht von einem „Pyrrhus-Sieg“ ihres Vorgängers und Vaters, also einem Erfolg, der nur die auf Dauer unabwendbare Niederlage verschleiere. Jean-Marie Le Pen antwortete darauf mit einer gewissen Arroganz: „Sie wird bemerken, dass dieser ‚Pyrrhus-Sieg‘ – sie weiß im Übrigen nicht sehr gut, was dies bedeutet – eine wirkliche Niederlage für sie darstellt.“

Jean-Marie Le Pen will dabei nicht auf dem Wege stehen bleiben. Denn er hat noch Größeres vor. In seiner Abwesenheit, die vom 4. Mai bis zum 2. Juli d.J. Dauerte – unmittelbar nach seinem gerichtlichen Sieg in Nanterre begab derAlte sich in sein Büro in der Parteizentrale zurück –, hatte die Parteiführung ein paar Beschlüsse gefasst. Insbesondere jene, in einer Urabstimmung (auf postalischem Wege oder per e-Mail) die Mitglieder über einige Satzungsänderungen abstimmen zu lassen. Dabei werden 33 Artikel an den Parteistatuten abgeändert (über die Hälfte von ihnen); doch die wichtigste dieser Änderungen ist die Abschaffung der Funktion eines „Ehrenvorsitzenden“, welche Jean-Marie Le Pen seit seiner Niederlegung des Vorsitzes im Januar 2011 bekleidet (und das ihm seiner Auffassung nach „auf Lebenszeit“ zuerkannt wurde). Wie es sich für eine toooootal demokratisch geführte ordentliche Führerpartei gehört, können die Mitglieder nur en bloc sämtlichen Satzungsänderungen zustimmen oder alle auf einmal ablehnen. Die Abstimmung wurde am 19. Juni 2015 durch Zusendung der Unterlagen an die 42 000 stimmberechtigten Mitglieder eröffnet, und soll nun bis zum Freitag, den 10. Juli abgeschlossen werden,

Sein bisheriger Posten als „Ehrenvorsitzender“ verleiht – verlieh bis Anfang Mai d. J. – Jean-Marie Le Pen das Recht, an Sitzungen aller leitenden Gremien des FN (an seinem „Zentralkomitee“ und an den Parteivorständen: „politisches Büro“ und „Exekutivbüro“) teilzunehmen. Also hätte er normalerweise auch an jenen im Mai und Juni dieses Jahres teilnehmen können – ja, hätte man ihm nicht die Mitgliedsrechte „auf Zeit entzogen“, was ihn daran hinderte.

Nachdem sein vorübergehender Ausschluss nun per Gericht als unrechtmäßig eingestuft wurde (die amtierende Parteiführung will jedoch in Berufung gegen das Urteil gehen) vertritt Jean-Marie Le Pen nun die Auffassung, infolgedessen seien auch alle während seiner erzwungenen Abwesenheit gefällten Vorstandsbeschlüsse ungültig. Unter ihnen auch jener, mit dem angeordnet wurde, dass die Mitglieder über die Änderungen an der Satzung (und damit die Abschaffung der „Ehrenpräsidentschaft“) abstimmen dürfen. Der Alte wird nun also, wie er am Freitag, den 3. Juli 2015 ankündigte, auch diese innerparteiliche Urabstimmung gerichtlich attackieren, um ihre „Rechtswidrigkeit“ feststellen zu lassen. Die Parteiführung behauptet jedoch ihrerseits, dem mit Gelassenheit entgegen zu sehen.

Bis der Streit in die nächste Runde geht…

Bernard Schmid, Paris ■

100 FellbacherInnen verhindern Abschiebung

Die Abschiebung eines Mannes aus Gambia wollten 100 FelbacherInnen nicht einfach hinnehmen und organisierten eine friedliche Aktion zivilen Gehorsams gegen die Abschiebung. Der Flüchtlingsrat Baden-Württemberg fordert erneut eine Abschaffung der Dublin-Verordnung.

Ab 1 Uhr morgens versammelten sich die UnterstützerInnen vor der Wohnung Ihres Freundes. Wegen dieser großen Solidarität hatte die Polizei keine andere Möglichkeit als die Abschiebung abzubrechen.

Der Schutzsuchende bekam vor wenigen Tagen den Brief, er müsse seine neue Heimat Fellbach verlassen und werde nach Italien zurückgeschoben. Hintergrund ist die Dublin-Verordnung der EU, wonach dasjenige europäische Land für das Asylverfahren zuständig ist, welches ein Flüchtling zuerst betreten hat. Der Mann aus Gambia berichtet von schrecklichen Erfahrungen in Italien. Dort drohe ihm ein Leben in Obdachlosigkeit ohne Aussicht auf Arbeit und Schutz vor rassistischen Übergriffen. Einige Verwaltungsgerichte bestätigen dies und verbieten wegen der systemischen Mängel in Italien die Rückschiebung. Nicht aber das Verwaltungsgericht Stuttgart.

Der Mann aus Gambia ist vor Ort gut integriert. Er lernt deutsch, fand neue FreundInnen und hat für September bereits eine Stelle für ein Freiwilliges Soziales Jahr gefunden. Nach dem ersten Schock entschloss sich der HelferInnenkreis zu handeln und durch zivilen Gehorsam dafür zu sorgen, dass ihr Freund in Fellbach bleiben darf.

Julian Staiger vom Flüchtlingsrat Baden-Württemberg erneuert die Kritik an der Dublin-Verordnung: „Ein weiteres Mal zeigt sich, dass die Dublin-Verordnung unsolidarisch, ungerecht und unmenschlich ist. Sie sorgt für großes Leid bei Flüchtlingen und verursacht Frust bei ehrenamtlichen HelferInnen. Deutschland muss endlich konsequent von seinem Selbsteintrittsrecht Gebrauch machen und sich für die freie Wahl des Asyllandes einsetzen."

Quelle: Pressemitteilung http://fluechtlingsrat-bw.de 25.06.2015 ■

Brandanschlag in Meißen

Sachsen kommt nicht zur Ruhe, nach tagelangen rassistischen Protesten in Freital, wurde in der vergangenen Nacht eine für Asylsuchende vorgesehene Wohnung in Meißen in Brand gesetzt. Das Feuer, welches kurz nach Mitternacht an zwei Stellen ausbrach, soll nach Angaben einer Sprecherin des Operativen Abwehrzentrums (OAZ) der Sächsischen Polizei vorsätzlich gelegt worden sein. Die Täter hatten sich zuvor gewaltsam Zugang zu dem Gebäude verschafft und sollen nach der Tat mit einem PKW geflüchtet sein. Obwohl die Feuerwehr den Brand in der ersten Etage schnell löschen konnte, ist derzeit unklar, ob das Haus noch bewohnbar ist.

Quelle: https://www.addn.me/nazis/brandanschlag-in-meissen 28.06.2015 ■

Kirchenasyl für zwei Männer aus Müllheim

Beide waren auch dank der Hilfe des Müllheimer Helferkreises schon nach kurzer Zeit gut integriert. Nun aber sollten sie wegen der Dublin-Verordnung nach Italien zurückgeschoben werden. Nachdem alle anderen Möglichkeiten (unter anderem der Einsatz der Bürgermeisterin) keine Lösung mit sich brachten, blieb das Kirchenasyl als letzter Ausweg dass die neuen Freunde nicht in die fast sichere Obdachlosigkeit abgeschoben werden. Da die anthroposophische Gemeinde die außergewöhnliche humanitäre Härte und gute Integration erkannte, gewährte sie beiden Menschen vorübergehend Obdach. Neben der Gemeinde unterstützen auch SchülerInnen der angrenzenden Schule und BürgerInnen aus Müllheim die beiden Männer.

Quelle: Flüchtlingsrat Baden-Württemberg 17.06.2015 ■

Großer Protest gegen Abschiebung aus Karlsruhe

Diesmal waren es bereits knapp 100 BürgerInnen, die die Abschiebung von 81 Menschen (darunter wieder ca. ein Drittel Kinder, davon sechs jünger als zwei Jahre alt) in den Kosovo nicht einfach hinnehmen wollten. Leider aber setzte die Polizei durch ein großes Aufgebot und, nach Angaben der AktivistInnen, teils sehr rabiates Vorgehen die Abschiebung gegen den Willen vieler BürgerInnen durch.

Einer der Organisatoren nennt gegenüber Radio Dreyeckland die Gründe für die versuchte Verhinderung der Abschiebung „Kein Mensch flüchtet ohne Grund. Dabei spielt es wirklich gar keine Rolle ob ein Leben durch Armut oder Menschengewalt bedroht ist. Alle Menschen haben das Recht auf ein würdiges Leben"

Nach den Richtlinien des Innenministeriums sind Abschiebungen „möglichst erst nach 4 Uhr durchzuführen". Dieser (wenn auch sehr wage Passus) scheint bei Abschiebungen in den Kosovo wohl keine Rolle zu spielen. Auch dieses Mal verließen die Busse die LEA Karlsruhe deutlich vor vier Uhr.

Quelle: http://fluechtlingsrat-bw.de 23.06.2015 ■

Steinmeier muss schnelle Familienzusammenführung ermöglichen

„Die außerordentlich langen Wartezeiten auf einen Termin für ein Visum in der Türkei von bis zu einem Jahr sind nicht nur völlig inakzeptabel und rechtswidrig, sie fördern auch einen makabren Schwarzhandel und hohe Schmiergelder für Termine, die eigentlich kostenlos vergeben werden müssten", kommentiert Ulla Jelpke, innenpolitische Sprecherin der Linksfraktion im Bundestag die gestrige Berichterstattung der Sendung „Monitor". Jelpke weiter:

„Syrische Familien haben einen Rechtsanspruch auf Zusammenführung mit ihren in Deutschland als Flüchtlinge anerkannten Angehörigen. Dass sie in der Türkei bis zu einem Jahr warten müssen, bis sie überhaupt in die Botschaft zur Antragstellung vorgelassen werden, ist nicht hinnehmbar. Anstatt dafür zu sorgen, dass der Rechtsanspruch der Betroffenen auch durchgesetzt wird, sieht die Bundesregierung noch immer tatenlos zu, wie der Schwarzmarkt zur Terminvergabe boomt.

Dabei ist eine Lösung schnell und unbürokratisch machbar:

Im Libanon können Betroffene seit Mai 2015 ihre Antragsunterlagen per E-Mail einschicken und erhalten in überschaubarer Zeit ein Terminangebot. Dieses Verfahren wird von Beratungsstellen und der Bundesregierung durchweg positiv bewertet und unterbindet den Schwarzhandel. Es hat auch den Vorteil, dass Anträge auf diese Weise durch Personal in Deutschland bearbeitet werden könnten, wenn die räumlichen und personellen Kapazitäten vor Ort begrenzt sind. Ich verstehe überhaupt nicht, wieso dieses Verfahren nicht auch in der Türkei eingeführt wird – trotz vieler Nachfragen habe ich hierzu keine nachvollziehbare Antwort vom Auswärtigen Amt erhalten. So wie jetzt kann es auf keinen Fall weitergehen. Der Außenminister muss sofort handeln."

3.7.2015, Ulla Jelpke, MdB Innenpolitische Sprecherin Fraktion DIE LINKE. ■

Zahl der Binnenflüchtlinge auf Rekordhoch

Aufgrund von Konflikten und Gewalt waren 2014 weltweit mindestens 38 Mio. Menschen innerhalb ihres eigenen Staates auf der Flucht (2013: 33,3 Mio.). Dies geht aus dem am 6. Mai vorgestellten Jahresbericht des Internal Displacement Monitoring Centre (IDMC) hervor. Allein im vergangenen Jahr sind 11 Mio. neue Binnenflüchtlinge (IDPs) hinzugekommen, 6,3 Mio. Menschen konnten wieder in ihre Herkunftsregionen zurückkehren. Die meisten IDPs lebten 2014 in Syrien (7,6 Mio.), Kolumbien (6 Mio.), Irak (3,4 Mio.), Sudan (3,1 Mio.) und der

150 Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte im ersten Halbjahr 2015

Die Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte in Deutschland nehmen weiter zu. Allein im ersten Halbjahr 2015 habe es rund 150 Straftaten gegen Asylunterkünfte gegeben, sagte Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) bei der Vorstellung des Verfassungsschutzberichtes für 2014 am Dienstag in Berlin. Im vergangenen Jahr zählten die Behörden insgesamt 170 Angriffe, 2013 noch 55.

Der Verfassungsschutzbericht bestätigt damit einen Trend, der durch Brandanschläge im fränkischen Vorra, sachsen-anhaltischen Tröglitz und zuletzt in Meißen und Lübeck Schlagzeilen machte. In diesen Orten wurde in Gebäuden Feuer gelegt, bevor Flüchtlinge dort einziehen sollten. Weil sie noch nicht bewohnt waren, wurde dabei niemand verletzt.

Angesichts der hohen Zahl von rechtsextremistisch motivierten Gewalttaten müsse man aber im Blick haben, dass die Gefahr für Sachbeschädigungen „weitergeht zu Körperverletzung oder noch schlimmeren Straftaten“, sagte der Präsident des Bundesamts für Verfassungsschutz, Hans-Georg Maaßen.

Die Zahl der rechtsextremen Gewalttaten ist seinem Jahresbericht zufolge um rund 24 Prozent auf 990 gestiegen. Die Zahl fremdenfeindlicher Gewalttaten erreichte mit 512 einen Höchststand seit Einführung der Zählweise im Jahr 2001. Das Personenpotenzial entwickelte sich den Angaben zufolge leicht rückläufig, von 21 700 im Jahr 2013 auf 21 000 im vergangenen Jahr. „Dennoch kein Grund zur Entwarnung“, betonte de Maizière. Die Bereitschaft zu Gewalt und Militanz in der Szene sei unverändert hoch. Jeder zweite Rechtsextremist werde als gewaltorientiert eingeschätzt.

Mit Blick auf die Angriffe aus Asylunterkünfte forderte de Maizière, „klare Kante“ zu zeigen. „Rechtsextremistische Übergriffe sind geeignet, in den betroffenen Kommunen ein Klima der Angst und der Einschüchterung zu erzeugen“, sagte der Minister. Es dürfe kein stilles Einverständnis mit solchen Taten geben. „Jeder dieser Angriffe ist ein Angriff auf den Rechtssaat, auf jeden Bürger dieses Landes“, sagte de Maizière.

Man könne nicht leugnen, dass „eine gewisse Aggressivität“ in den ostdeutschen Ländern höher sei als in westdeutschen, sagte de Maizière mit Blick auf Freital, wo seit rund einer Woche „Pegida“-Sympathisanten gegen eine Flüchtlingsunterkunft demonstrieren, und seinen Wahlkreis Meißen, wo am Wochenende eine bezugsfertige Asylunterkunft in Brand gesteckt wurde. Dennoch nahm er Meißen in Schutz: Es habe dort bislang keine Proteste, sondern eine große Aufnahmebereitschaft der Einwohner gegeben. Der Anschlag werfe ein falsches Licht auf die Stadt.

Als weitere große Herausforderung nannte de Maizière den Islamismus. Laut Verfassungsschutzbericht ist die Zahl der Salafisten 2014 auf 7000 gestiegen. Im Jahr zuvor ging der Verfassungsschutz von 5500, 2012 von 4500 Anhängern aus. Maaßen sprach von derzeit 7500 Salafisten in der Bundesrepublik. Seinen Angaben zufolge hat der Verfassungsschutz diesen Arbeitsbereich erweitert, unter anderem ein eigenes Referat für die sogenannten Syrien-Rückkehrer gebildet.

Im Bereich Linksextremismus lag die Zahl der Gewalttaten den Angaben zufolge bei 995 und ist damit gesunken (2013: 1.110). Das Personenpotenzial ging leicht um 500 auf 27200 zurück.

Quelle: http://www.migazin.de 1.07.2015 ■

Sachsen: 31 Anschläge auf Flüchtlingsunterkünfte im laufenden Jahr

In Sachsen wurden in den ersten fünf Monaten des laufenden Jahres 31 Straftaten gegen Flüchtlingsunterkünfte registriert. Darunter sind Delikte wie Volksverhetzung, Körperverletzung sowie Band- und Sprengstoffanschläge. Das teilt die sächsische Landesregierung auf eine Anfrage der Linksfraktion mit.

„In Meißen und Freital erntet die sächsische Landesregierung die faulen Früchte ihrer Toleranz gegenüber rassistischen Stimmungen im Land. Die monatelange Kampagne gegen angeblichen Asylmissbrauch insbesondere durch Flüchtlinge vom Balkan, aber auch der Flirt mit Pegida und Co. haben zu einem brandgefährlichen Gemisch geführt, das sich nun leider auch im Wortsinn entzündet hat“, erklärt die innenpolitische Sprecherin der Linksfraktion, Ulla Jelpke.

Nicht in dieser Statistik erfasst ist ein Anschlag, der in der Nacht zum Sonntag verübt wurde. Unbekannte waren gewaltsam in eine geplante Flüchtlingsunterkunft im sächsischen Meißen eingedrungen und hatten Feuer gelegt. An zwei Stellen fand die Polizei Brandbeschleuniger. Mindestens ein Zimmer wurde vollständig zerstört. Über die Motivation der Täter konnte die Polizei am Montag keine Angaben machen, die Ermittlungen liefen aber in alle Richtungen.

Anschlag auf geplante Flüchtlingsunterkunft in Lübeck

Wie außerdem bekannt wurde, ist eine geplante Flüchtlingsunterkunft im Lübecker Stadtteil Kücknitz offenbar Ziel eines Brandanschlages geworden. Nach NDR-Informationen meldete eine Anwohnerin am frühen Montagmorgen einen Feuerschein auf der Baustelle. Die alarmierte Feuerwehr konnte die Flammen innerhalb weniger Minuten löschen, verletzt wurde niemand. Die Brandursache sei unklar, doch die Polizei gehe von Brandstiftung aus, hieß es. Der Staatsschutz ist eingeschaltet.

An dem Flüchtlingsheim in Freital bei Dresden gab es unterdessen erstmals seit einer Woche am Sonntag keine abendlichen Demonstrationen. Eine Sprecherin der Polizeidirektion Dresden sagte am Montag, es habe nur vereinzelt Personen gegeben, die sich in der Nähe des Hotels aufhielten. Diese seien aber zumeist weggeschickt worden. Im Laufe des Montags wollte die Polizei noch über die weitere Präsenz an der Unterkunft beraten. Vor einer Woche war entschieden worden, dass in dem ehemaligen Hotel 280 weitere Flüchtlinge untergebracht werden sollen.

Angesicht steigender Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte fordert Linkspolitikerin Jelpke einen „grundlegenden Wandel in der Flüchtlingsaufnahmepolitik“. Man müsse weg von der Abschreckung und hin zu einer schnellen Integration der Flüchtlinge. „Dazu sollten Flüchtlinge bevorzugt in städtischen Ballungsgebieten untergebracht werden, statt sie ohne ausreichende Vorbereitung der ortsansässigen Bevölkerung strukturschwachen Gemeinden zuzuteilen“, so Jelpke. (epd/mig)

Quelle: http://www.migazin.de 30.06.2015

Demokratischen Republik Kongo (2,8 Mio.). Die meisten neuen Binnenflüchtlinge sind 2014 im Irak registriert worden, rund 2,2 Mio. Menschen waren innerhalb des Landes vor den Gewalttaten des sogenannten Islamischen Staats auf der Flucht. In Nigeria flohen im vergangenen Jahr Hunderttausende vor der islamistischen Terrorgruppe Boko Haram. Der Ukrainekonflikt hat zur Flucht von fast 650 000 Menschen innerhalb der Ukraine geführt. Der Bericht des IDMC, das vom Norwegischen Flüchtlingsrat betrieben wird, deckt die Fluchtbewegungen in 60 Staaten ab.

http://www.migration-info.de/ausgabe_04-2015 ■

Einigung auf 2-Klassen-Asylrecht

Beim gestrigen Treffen (18.06.)der MinisterpräsidentInnen mit Bundeskanzlerin Angela Merkel wurde die Einführung eines 2-Klassen-Asylrechts beschlossen. Flüchtlinge „aus Herkunftsländern mit einer relativ hohen Anzahl von Asylsuchenden bei zugleich besonders niedriger Schutzquote“ sollen schneller abgelehnt und abgeschoben werden. In „Clustern“ unter Federführung des Bundes und in enger Zusammenarbeit mit allen Behörden soll „eine maximale Verfahrenseffizienz“ bei optimalem Einsatz der begrenzten Ressourcen erreicht werden. Der Bund hilft dann noch bei den Abschiebungen.

Damit sind zwar die Pläne des Bundesinnenministeriums passé, alle Balkan-Flüchtlinge bundesweit in zwei bis drei Sonderlagern mit 3000 bis 5000 Plätzen unterzubringen. Die Programmatik aber ist klar, und sie ist erschütternd: Flüchtlinge vom Balkan, unter ihnen viele Roma, sollen unmittelbar aus der Erstaufnahme abgeschoben werden. Roma sind die am meisten verfolgte Minderheit in ganz Europa. Obwohl ihre Diskriminierung auf dem Balkan ein Niveau erreicht hat, das ihre Anerkennung nach der Genfer Flüchtlingskonvention aufgrund kumulativer Verfolgung erlauben würde, werden sie nun in Schnellverfahren abgefertigt und zur Ausreise gezwungen. Es drohen gar Sonderlager für diese Personengruppen. Bestimmte Rechte und Vergünstigungen sollen ihnen vorenthalten werden. Das hier angelegte Zwei-Klassen-Asylrecht lehnen wir ab.

Die Verbesserungen, die die MinisterpräsidentInnen und Kanzlerin Merkel beschlossen haben, sollen nur für Flüchtlinge „mit guter Bleiberechtsperspektive“ eröffnet werden: Damit wird die Prüfung des Asylantrags quasi vorweggenommen. Integrationskurse und ESF-BAMF-Kurse sollen für diesen Personenkreis geöffnet und die Anerkennung von im Herkunftsland erworbener Bildungsabschlüsse erleichtert werden. Flüchtlinge sollen, wenn die Landesregierung dies möchte, eine Krankenkassenkarte erhalten können. Für die Zeit der Ausbildung sollen Duldungen für Flüchtlinge „mit jeweils guter Bleiberechtsperspektive“ erteilt werden. Leider hat sich Niedersachsen in dieser Frage der Protokollerklärung Baden-Württembergs und Schleswig-Holsteins, die die Einschränkung „mit guter Bleiberechtsperspektive“ ablehnen, nicht angeschlossen. Dabei wäre es u.E. wichtig, auch und gerade Jugendlichen vom Balkan, die hier aufgewachsen und sozialisiert wurden, eine Ausbildung in Deutschland zu ermöglichen. In der Protokollerklärung der beiden Länder heißt es:

„Bund und Länder setzen sich dafür ein, dass junge Asylsuchende und Geduldete in Ausbildung Rechtssicherheit hinsichtlich ihres Aufenthalts für die Dauer ihrer Ausbildung erhalten. Sie begrüßen, dass diese Frage derzeit im parlamentarischen Verfahren zum Gesetzentwurf zur Neubestimmung des Bleiberechts erörtert wird.

Perspektivisch fordert Baden-Württemberg im Einklang mit den Forderungen führender Wirtschafts- und Handwerksverbände einen Aufenthaltstitel für junge Asylsuchende und geduldete Auszubildende für die Dauer der Ausbildung, sowie bei Übernahme in ein Beschäftigungsverhältnis für die ersten 2 Jahre nach Beendigung der Ausbildung. „

Kai Weber
Quelle: Flüchtlingsrat Niedersachsen 19.06.2015 ■

EU-Gipfel: Weitere Nullnummer in der Flüchtlingspolitik

„Erhitzte Gemüter, lange Debatten, aber noch immer keine Lösungen – das ist das traurige Resümee des aktuellen EU-Gipfels, der uns wieder einmal vor Augen geführt hat, dass in Europa Solidarität dort aufhört, wo nationalstaatliche Interessen beginnen“, so Ulla Jelpke, innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, zum Ergebnis des EU-Gipfels der europäischen Staats- und Regierungschefs in Brüssel. Jelpke weiter:

„Der EU-Gipfel ist eine politische Nullnummer. Der italienische Ministerpräsident Renzi übt völlig zu Recht harsche Kritik an Europa. Die Entscheidung über konkrete Hilfsmaßnahmen wurde mal wieder vertagt, bis zum nächsten Krisengipfel im Juli werden sowohl die Flüchtlinge als auch Italien und Griechenland weiterhin in der Krise alleine gelassen. Angesichts des humanitären Desasters, das jetzt schon in den dortigen Flüchtlingsunterkünften herrscht, ist das unentschuldbar.

Es genügt nicht, dass Bundeskanzlerin Merkel im sogenannten ‚Flüchtlingsproblem‘ eine der größten Herausforderungen ihrer Amtszeit sieht – sie muss sich ihr auch stellen. In Wahrheit sind die verantwortlichen Politiker in der EU aber dabei, in der europäischen Flüchtlingspolitik auf ganzer Linie zu versagen – auf Kosten der Flüchtlinge.“

Quelle: http://www.ulla-jelpke.de 26.06.2015 ■

Übergriffe nach Solidaritätsaktion in Freital

Als Reaktion auf eine Solidaritätsaktion von fast 200 Menschen vor einer Unterkunft für Asylsuchende im Freitaler Stadtteil Deuben kam es in der Nacht zum Mittwoch zu einer Reihe von Übergriffen. Neben mindestens zwei beschädigten Autoreifen, wurde auf der Rückreise ein Auto mit Aktivistinnen und Aktivisten bedrängt. Kurz darauf griffen an einer Dresdner Tankstelle die Täter mit einem Baseballschläger an und beschädigten dabei die Heckscheibe des Fahrzeuges. Eine Person wurde durch umherfliegende Glassplitter leicht verletzt. Inzwischen hat das Operative Abwehrzentrum (OAZ) der Sächsischen Polizei die Ermittlungen in dem Fall übernommen. Zudem musste eine Personengruppe, die mit dem Zug nach Freital gereist war, unter Polizeischutz zu einem anderen Bahnhof begleitet werden, da in der Umgebung immer wieder Gruppen von Nazis patrouillierten und vereinzelt Böller warfen.

Die asylfeindlichen Proteste vor der Unterkunft waren am gestrigen Abend trotz einiger Eierwürfe ruhiger verlaufen, als noch am Vorabend. Das lag jedoch nicht nur an der Polizei, die nach der laut gewordenen Kritik vom Vortag mit mehr als 50 Einsatzkräften sichtbar Präsenz zeigte, sondern vor allem auch an den rund 200 Menschen, die sich als Zeichen

der Solidarität und zum Schutz vor dem ehemaligen Hotel eingefunden hatten. An den asylfeindlichen Protesten vor einem Wohnblock in unmittelbarer Nähe beteiligten sich gestern nur noch rund 80 Menschen. Abgesehen von einigen wenigen rechten Sprechchören beließ es die von der Polizei abgeschirmte Menge jedoch dabei, Bier zu trinken und gegenüber Pressevertretern mit Vorurteilen zu glänzen. Zu einer Teilnahme an den Protesten hatte unter anderem Lutz Bachmann aufgerufen.

Bereits gestern hatte Juliane Nagel von der Linksfraktion Sachsens Innenminister Markus Ulbig (CDU) schwere Versäumnisse vorgeworfen: „Die Wahl der Stadt Freital als Standort für die Erstaufnahme von fast 300 Menschen zeigt, wie wenig sensibel das Innenministerium vorgeht. Die Verantwortlichen setzen die körperliche Unversehrtheit der Flüchtlinge, die Ruhe sowie eine sensiblen Versorgung und Betreuung brauchen, aufs Spiel. Dass die ersten 100 Menschen bereits am vergangenen Freitag und eine Stunde vor Beginn der rassistischen Demonstration einquartiert werden sollten, ist ein Skandal für sich, ebenso wie die wiederum nur kurzfristige Einbeziehung der lokalen Politik.“ Angesichts der Situation in Freital erneuerte sie die Forderung ihrer Partei nach einem „kurzfristigen Unterbringungs- und Kommunikationskonzept“ für die Erstaufnahme in Sachsen, welche sich an „den Bedürfnissen der oft traumatisierten, schutzbedürftigen Flüchtlinge“ orientieren sollte.

Deutliche Kritik an der Unterbringung kam auch von der Landtagsfraktion der Grünen. Die migrationspolitische Sprecherin der Partei, Petra Zais, rief Ulbig dazu auf, „endlich das Chaos bei der Erstaufnahme von Asylsuchenden zu beenden“ und sprach hinsichtlich der unsicheren Situation in Freital von „Fahrlässigkeit“. „Die Opferberatung registrierte allein in den letzten zwei Monaten zehn Übergriffe in Freital. Eine rechte Bürgerwehr dokumentiert fast jeden Schritt von Asylsuchenden. Seit Anfang März gab es achtzehn Veranstaltungen, die sich gegen die Unterkunft richteten. Die Antwort auf die Frage ‘Wie der Minister die Sicherheit von Unterkünften für Asylsuchende gewährleisten will‘, bleibt er uns bis heute schuldig.“

Quelle: https://www.addn.me/antifa/uebergriffe-nach-solidaritaetsaktion-in-freital 24.06.2015 ■

Bilanz zum Weltflüchtlingstag:

Flüchtlingszahlen höher als nach dem 2. Weltkrieg

Selbst nach dem zweiten Weltkrieg war die Zahl der Flüchtlinge weltweit nicht so hoch. Rund 59,5 Millionen Menschen waren Ende 2014 auf der Flucht. Das ist die bittere Bilanz der Vereinten Nationen zum Weltflüchtlingstag.

Die Zahl der Flüchtlinge weltweit ist wegen kriegerischer Konflikte auf einen neuen Höchststand gestiegen. Rund 59,5 Millionen Menschen waren Ende 2014 auf der Flucht, wie das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR) am Donnerstag in Genf mitteilte. Das waren 8,3 Millionen mehr als im Jahr davor. Nie zuvor war eine höhere Zahl an Flüchtlingen erfasst worden, nicht einmal nach dem Zweiten Weltkrieg. Der Bericht zum Weltflüchtlingstag am 20. Juni trägt den Titel „Welt im Krieg“.

Danach war der Anstieg der weltweiten Flüchtlingszahl 2014 stärker als je zuvor. Ende 2013 waren noch 51,2 Millionen Flüchtlinge registriert gewesen. Der UN-Hochkommissar für Flüchtlinge, António Guterres, nannte als Grund für die starke Zunahme die Konflikte und Kriege wie in Syrien, im Südsudan und in der Ukraine. Nach seiner Prognose könnte sich die globale Flüchtlingskrise sogar noch verschlimmern.

Im Jahr 2014 sind dem Bericht zufolge jeden Tag im Durchschnitt 42.500 Menschen vor Gewalt und Unterdrückung geflohen. Innerhalb von vier Jahren hat sich diese Zahl somit vervierfacht. Der frühere portugiesische Premierminister Guterres beklagte, dass viele Politiker und Warlords, die für die Kriege verantwortlich seien, straffrei ausgingen. Zudem sei die internationale Gemeinschaft völlig unfähig, die Konflikte zu beenden.

Guterres forderte von der Staatengemeinschaft mehr Hilfen für Flüchtlinge. Das UNHCR und andere humanitäre Organisationen kämpften mit Geldnot, weil es an finanzieller Unterstützung fehle, kritisierte er.

Viele Kinder auf der Flucht

Von den rund 60 Millionen Flüchtlingen waren Ende 2014 etwa ein Drittel aus ihren Ländern geflohen. Von den 19,5 Millionen Menschen war die Hälfte Kinder. Mehr als 38 Millionen Menschen suchten als Flüchtlinge im eigenen Land irgendwo Schutz. Die Zahl der Asylbewerber beziffert das UNHCR mit 1,8 Millionen.

Die meisten Flüchtlinge kamen Ende 2014 aus Syrien, es waren rund 3,9 Millionen Menschen. Die überwiegende Mehrzahl von ihnen fand in Nachbarländern Zuflucht. Dahinter folgen Afghanistan mit 2,6 Millionen geflohenen Menschen und Somalia mit 1,1 Millionen. Syrien war Ende 2014 auch dasjenige Land mit den meisten Binnenflüchtlingen im Land: Es waren 7,6 Millionen.

Die Türkei beherbergte Ende 2014 fast 1,6 Millionen Flüchtlinge und war damit das Land mit der größten Flüchtlingsbevölkerung. Dahinter folgten Pakistan mit 1,5 Millionen Geflohenen und der Libanon, wo fast 1,2 Millionen Flüchtlinge eine Bleibe fanden. (epd/mig)

Quelle: http://www.migazin.de 19.06.2015 ■

Für die freie Wahl des Zufluchtslandes in der EU

Breites gesellschaftliches Bündnis fordert grundlegende Neuausrichtung einer fairen und solidarischen Verantwortungsteilung für Flüchtlinge

Anlässlich des Weltflüchtlingstages am 20. Juni fordert ein breites gesellschaftliches Bündnis aus Verbänden, Flüchtlings- und Juristenorganisationen die Bundesregierung auf, sich für eine grundlegende Neuausrichtung der Verantwortungsteilung für Flüchtlinge in der EU einzusetzen. In einem gemeinsamen Positionspapier plädieren sie für die freie Wahl des Zufluchtslandes für Asylsuchende. Sie sollten selbst entscheiden können, wo in der EU sie ihr Asylverfahren durchlaufen. Den bereits als schutzbedürftig anerkannten Flüchtlingen solle das Recht auf Freizügigkeit in der EU gewährt werden. Ergänzend sollten die Mitgliedsstaaten mithilfe eines Europäischen Ausgleichsfonds finanziell unterstützt werden, in die primär die humanitäre Zuwanderung stattfindet.

Aktuell zeige sich auf EU-Ebene eine besorgniserregende Zunahme von nationalen Egoismen in der Flüchtlingspolitik. Dabei wäre ein solidarisches Handeln in der aktuellen Situation dringend erforderlich. Die Situation für Flüchtlinge in mehreren Ländern der EU sei unerträglich. Asylsuchende würden in Ländern wie Griechenland, Italien, Ungarn und Bulgarien zu Obdachlosen gemacht oder misshandelt. Vielfach würden sie völkerrechtswidrig inhaftiert.

Für einen Systemwechsel sprechen aus Sicht der Organisationen mehrere Gesichtspunkte: Das Prinzip der freien Wahl bewirke, dass Asylsuchende dort hingehen könnten, wo sie die Unterstützung ihrer Familien oder Communities erhielten. Damit würden erstmals die Interessen der Asylsuchenden berücksichtigt. Dies führe dazu, dass sie sich von Beginn an besser integrieren und zurechtfinden können. Dies sei im bisherigen Dublin-System nicht vorgesehen. Außerdem könnten Menschenrechtsverletzungen an Flüchtlingen vermieden werden, wenn diese nicht länger zum Aufenthalt in Ländern gezwungen werden, die weder ein ordentliches Asylsystem noch ein Mindestmaß an menschenwürdiger Behandlung für sie bereithalten.

Aber auch pragmatische Aspekte sprächen für eine solches Konzept: Wenn Asylsuchende nicht zwangsweise in EU-Staaten abgeschoben werden könnten, werde verhindert, dass sie von einem EU-Land ins nächste wandern. Die sogenannte Sekundärwanderung innerhalb der EU würde vermieden. Die unterzeichnenden Organisationen sprechen sich damit deutlich gegen die derzeit diskutierten Quoten und Verteilungsschlüssel aus. Diese ließen weiterhin die Interessen der Flücht-

linge außer Acht und hätten Zwangsverteilungen zur Folge. Zudem könnten Kosten für die erheblich bürokratischen Verfahren zur Überstellung in andere EU-Staaten reduziert werden.

Den Grund für die Krise des geltenden Dublin-Systems sehen die Organisationen im Verursacherprinzip, das die Verantwortung für den Flüchtlingsschutz insbesondere den EU-Staaten an den Außengrenzen aufbürdet. Nach der Dublin-Verordnung ist derjenige EU-Staat für die Durchführung des Asylverfahrens zuständig, der den Grenzübertritt nicht verhindert hat. Dieser ist mangels legaler Einreisemöglichkeiten in die EU in den meisten Fällen irregulär und bewirkt die Zuständigkeit durch Aufgreifen an der Grenze.

Die Organisationen kritisieren diese Vermischung von Grenz- und Flüchtlingspolitik: Wer die Verantwortung für Flüchtlinge als „Strafe“ konstruiere, der schaffe zugleich Voraussetzungen für ein gesellschaftliches Klima, das sich gegen Flüchtlinge richtet. Die Unterzeichner-Organisationen fordern dagegen, dass die Aufnahme von Flüchtlingen als menschenrechtlich verbürgte Errungenschaft und humanitäres Gebot verstanden wird, die sich bei guten Rahmenbedingungen positiv für die Aufnahmeländer auswirkt.

Zum Bündnis gehören PRO ASYL, Diakonie Deutschland, Paritätischer Wohlfahrtsverband, Arbeiterwohlfahrt, Jesuiten-Flüchtlingsdienst, Deutscher Anwaltsverein, Republikanische Anwältinnen- und Anwaltsverein, Neue Richtervereinigung und der Rechtsberaterkonferenz.

Quelle: http://fluechtlingsrat-bw.de 19.06.2015 ■

Faktencheck: Seehofers Mär vom „massenhaften Asylmissbrauch“

Während in Freital die Pogromstimmung der 90er Jahre zurückgehrt und Gewalt gegen Flüchtlinge zunimmt, heizt CSU-Chef Seehofer die Debatte an. Angesichts eines „massenhaften Asylmissbrauchs“ fordert er schnelle Abschiebungen statt Verständnis. Das ist nicht nur politisch fatal, auch die Zahlen sprechen eine andere Sprache. Ein Faktencheck von Pro Asyl.

Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer hat Bundespräsident Joachim Gauck wegen dessen Rede zur Flüchtlingspolitik kritisiert. Gauck hatte gefordert, Flüchtlinge großherziger aufzunehmen und erinnerte daran, dass Millionen Deutsche nach dem zweiten Weltkrieg selbst Flüchtlinge waren. In einem Interview mit dem Münchener Merkur, kritisierte CSU-Chef Seehofer den Bundespräsidenten: „Ich weiß aus vielen Gesprächen mit Heimatvertriebenen, dass sie solche Vergleiche nicht gerne hören. Die Ursachen sind jetzt andere, jetzt geht es auch um massenhaften Asylmissbrauch“.

Angesichts der wachsenden Gewalt gegen Flüchtlinge ein fatales Signal. Seit Monaten hetzen etwa in Freital Rassisten gegen Flüchtlinge. Seit Tagen wird die Flüchtlingsunterkunft in der sächsischen Kleinstadt von einem rassistischen Mob belagert, Beobachter sprechen von Pogromstimmung.

Mehr als 50 Prozent werden schlussendlich anerkannt

Auch einem Faktencheck hält die Mär vom „massenhaften Asylmissbrauch“ nicht Stand. 173 072 Asylerstanträge wurden in 2014 gezählt, ein Bruchteil der knapp 60 Millionen Flüchtlinge und Binnenvertriebenen weltweit. Die Schutzquote des Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) war dabei mit offiziellen 31,5 Prozent so hoch wie lange nicht – in 2015 liegt die Quote bisher bei 34,7 Prozent. Rund 130000 Entscheidungen hat das BAMF 2014 getroffen. Über ein Viertel der Antragsteller (25,9%) erhielten die Flüchtlingsanerkennung nach der Genfer Flüchtlingskonvention, weitere 4,0 Prozent erhielten europarechtlichen subsidiären Schutz, für 1,6 Prozent wurden nationale Abschiebungsverbote verhängt.

Rund 45 000 Asylanträge (35%) kamen als „formelle Erledigungen“ gar nicht zur Entscheidung: In mehr als der Hälfte dieser Fälle wurde nach der Dublin-Verordnung ein anderer EU-Staat für zuständig befunden; hinzu kamen viele Entscheidungen nach der „sicheren Drittstaatenregelung“, weil für die Antragsteller bereits ein anderer Staat die internationale Schutzberechtigung festgestellt hatte – leider oft, ohne dass die Betroffenen tatsächlich Aufnahme und Schutz erhalten hätten.

Zieht man diese formellen Erledigungen ab und betrachtet nur die inhaltlich geprüften Fälle, ergibt sich eine bereinigte Gesamtschutzquote von 48,5 Prozent, das heißt, fast jede/r Zweite wird als schutzberechtigt anerkannt. Bei 10,5 Prozent positiven Klageverfahren vor Gericht liegt die Erfolgsquote letztlich bei über 50 Prozent.

Viele abgelehnte Flüchtlinge haben gute Gründe

Auch viele abgelehnte Flüchtlinge haben ihre Heimat aus guten Gründen verlassen. So leben zum Beispiel knapp 4000 afghanischen Bürgerkriegsflüchtlinge in Deutschland, deren Asylantrag abgelehnt wurde – obwohl die Sicherheitslage zusehends eskaliert.

Ein Großteil der Ablehnungen bezog sich in 2014 auf Flüchtlinge aus dem Westbalkan. Bei Flüchtlingen aus Albanien, Bosnien und Herzegowina, Mazedonien, Kosovo und Serbien lagen die Anerkennungsquoten lediglich bei 0,3 bis 2,2 Prozent. Hieraus auf einen „massenhaften Asylmissbrauch“ zu schließen, ist nicht nur gefährlich, sondern auch falsch. Auch aus den Westbalkanstaaten kommen viele Menschen, die gute Gründe haben, ihr Herkunftsland zu verlassen – ihre Fluchtgründe werden jedoch nicht anerkannt.

Wenn etwa Roma keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser, zu Bildung, zu medizinischer Versorgung haben, ihre Siedlungen zwangsgeräumt werden und dies alles im Zusammenwirken massive Folgen hat, dann kann dies kumulative Verfolgung in Sinne des Asylrechts darstellen. Trotzdem werden Asylanträge rigoros abgelehnt. Diese Ablehnungspolitik den Opfern von Diskriminierung und sozialem Elend vorzuwerfen ist nicht nur zynisch, so wird die rassistische Stigmatisierung ganzer Flüchtlingsgruppen befeuert und der Nährboden für Hetze und Angriffe geschaffen.

Quelle: Flüchtlingsrat Niedersachsen 02.07.2015

BAMF-Chef gibt den Rechtspopulistischen Scharfmacher

„Es grenzt beinahe an Volksverhetzung, wenn der Präsident des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge ganze Flüchtlingsgruppen öffentlich des Sozialhilfemissbrauchs bezichtigt und zu verfassungswidrigen Leistungskürzungen aufruft“, kommentiert Ulla Jelpke, innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE., die Forderung des BAMF-Präsidenten Manfred Schmidt, Asylsuchenden aus angeblich sicheren Herkunftsländern die Bargeldleistungen zu streichen. Jelpke weiter:

„In Deutschland wird derzeit wieder einmal das Stück ‚Biedermann und die Brandstifter ‘ aufgeführt. In der Hauptrolle diesmal der Präsident des Asyl-Bundesamtes, Schmidt. Während Brandanschläge und Übergriffe auf Flüchtlingsheime dramatisch zunehmen, fordert er im Gespräch mit der bürgerlichen Frankfurter Allgemeinen Zeitung die pauschale Kürzung der Bargeldleistungen für Asylsuchende aus den sogenannten sicheren Herkunftsstaaten, ‚vom ersten Tag‘ an. Sie sollen ‚kein Taschengeld‘ mehr erhalten, erklärt er, ‚dann würde der Zustrom schnell abnehmen‘.

Zwar beruft sich der Präsident des BAMF auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichts von Mitte 2012 zum Asylbewerberleistungsgesetz. Doch er hat es offensichtlich nicht gelesen – oder nicht verstanden, denn Leistungskürzungen mit dem Ziel der Abschreckung sind und bleiben verfassungswidrig. Der BAMF-Chef hat sich mit diesen infamen Aussagen selbst um seine Reputation gebracht und Rassisten und Brandstiftern scheinbare Argumente für ihr Handeln an die Hand gegeben.“

Quelle: http://www.ulla-jelpke.de ■

Die Gefährdung der Verfassung geht vom Staat aus

„Die Gefährdung der Verfassung geht vom Staat aus“, so leiten die Herausgeber ihr Vorwort zum Grundrechte-Report 2015 ein. Einen Schwerpunkt des „Alternativen Verfassungsschutzberichts“ bildet auch in diesem Jahr der Umgang mit Asylsuchenden und Migranten.

Grundrechte-Report. Zur Lage der Bürger- und Menschenrechte in Deutschland © Fischer Verlag

Der jährliche Report zur Lage der Bürger- und Menschenrechte in Deutschland zieht auch in seinem 19. Erscheinungsjahr mit 42 Beiträgen kritisch Bilanz zum Zustand der Grundrechte. Der im Fischer Taschenbuch Verlag verlegte, 1997 erstmals erschienene Grundrechte-Report versteht sich als „alternativer Verfassungsschutzbericht“. Acht Bürger- und Menschenrechtsorganisationen dokumentieren darin jährlich den Umgang staatlicher Stellen mit dem Grundgesetz.

Einen Schwerpunkt des von namhaften Menschenrechtlern herausgegebenen „Alternativen Verfassungsschutzberichts“ bildet auch in diesem Jahr der Umgang mit Asylsuchenden und Migranten. Hervorzuheben sind Klarstellungen durch höchstrichterliche Entscheidungen zur Unzulässigkeit der Abschiebehaft in ihrer bisherigen Form, wie sie seit Jahren im Grundrechte-Report kritisiert wurde. Einen weiteren Schwerpunkt bildet aber auch die zunehmende Überwachung durch die Geheimdienste.

Constanze Kurz, Informatikerin, Datenschutz-Expertin und Sprecherin des Chaos Computer Clubs, erklärte: „Die Lektüre des Grundrechte-Reports 2015 macht deutlich, dass durch technisierte Ausspähung und Überwachung immer hemmungsloser in die Grundrechte eingegriffen wird. In Fragen der Menschenwürde und der informationellen Selbstbestimmung hat sich auch bald zwei Jahre nach Beginn der Snowden-Veröffentlichungen politisch nichts getan. Der nicht nennenswert kontrollierte geheimdienstliche Komplex unterminiert weiterhin Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis bis zur Unkenntlichkeit, nur jetzt mit unserem Wissen. Es steht leider zu erwarten, dass wir auch 2015 noch tiefer in die Abgründe der Überwachung blicken müssen.“

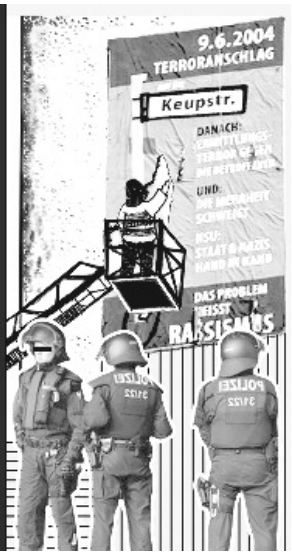
Rolf Gössner, Vizepräsident der Internationalen Liga für Menschenrechte, legt dar, dass anstelle einer Zügelung der Überwachungsmaschinerie der BND auch noch aufgerüstet werden, also aus dem Desaster gestärkt hervorgehen soll. Dass die Bundesanwaltschaft bislang die Einleitung eines Ermittlungsverfahrens wegen der massenhaften Überwachung mangels „zureichender Tatsachen“ verweigert hat, kritisiert Gössner als Realitätsverleugnung oder Willfährigkeit, die sich nahtlos ins Bild regierungsamtlich organisierter Verantwortungslosigkeit einfüge. Illustrieren lässt sich diese auch anhand der Antworten der Bundesregierung auf parlamentarische Anfragen zur Kontrolle der Nachrichtendienste, die Burkhard Hirsch dokumentiert.

Andreas Blechschmidt berichtete über das Ausmaß der Überwachung durch eine verdeckte Ermittlerin des LKA in Hamburg. Sie hat nicht nur die politische Szene in Hamburg unterwandert, durch ihre aktive Mitarbeit in einem freien Radiosender ist auch die Pressefreiheit verletzt worden. *(bk)*

Grundrechte-Report. Zur Lage der Bürger- und Menschenrechte in Deutschland © Fischer Verlag

Quelle: http://www.migazin.de 12.06.2015

THEMA_
POLIZEI.STAAT.
RASSISMUS.
ZAG
ANTIRASSISTISCHE ZEITSCHRIFT
NUMMER 69/2015 · ISSN: 2192-6719 · EUR 5,00
ZAG c/o Netzwerk Selbsthilfe e.V.
im Mehringhof,
Gneisenaustraße 2a, 10961 Berlin
E-Mail redaktion@zag-berlin.de
Internet www.zag-berlin.de



Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Venloer Str. 440, 50825 Köln. V.i.S.d.P.: Jörg Detjen
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg, NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, H. Deilke GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse“: J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,50 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation); Martin Dietzsch; Regina Girod (VVN – Bund der Antifaschisten); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN – Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke (MdB DIE LINKE); Ulrike Bach, Edith Bergmann, Christoph Cornides; Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; Angelo Lucifero; Kai Metzner (minuskel screen partner); Bernhard Strasdeit; Volkmar Wölk.

Berliner Stadtschloss: Es geht nicht um Architektur

Ein Lieblingsprojekt der Jungen Freiheit ist der mittlerweile weit fortgeschrittene Wiederaufbau des Berliner Stadtschlosses. Für dieses „Leuchtturmprojekt“, für das der Sitz des Sitz der Volkskammer, der „Palast der Republik“ in der Berliner Stadtmitte abgerissen wurde, wurden viele Millionen Euro gesammelt und (fast) alle sind jetzt, nach dem Richtfest am 12. Juni, begeistert. MARCUS SCHMIDT, verantwortlicher Politikredakteur der Berliner „Wochenzeitung für Debatte“, berichtet in der Ausgabe 26 von den Feierlichkeiten: „Und so war die Liste der Lobredner lang. Sie reichte vom Chef der Stiftung Humboldt-Forum, Manfred Rettig, der von Boddien als ‚Motor‘ des Wiederaufbaus würdigte, über Bundesbauministerin Barbara Hendricks (SPD) (‚Der Schloßverein verdient unser aller Anerkennung‘), den italienischen Architekten des Wiederaufbaus, Franco Stella, bis hin zu Berlins Regierenden Bürgermeister Michael Müller (SPD). Dieser beichtete davon, wie von Boddien ihn fünfzehn Jahre zuvor in seinem Büro im Berliner Abgeordnetenhaus mit seiner Begeisterung für die Schloß-Idee angesteckt habe. Von Boddien habe dafür gesorgt, daß der Funke übergesprungen sei, sagte Müller“.

Das verblüfft nicht nur, es zeugt darüber hinaus von einer ausgesprochenen Geschichtsvergessenheit des sozialdemokratischen Hauptstadtbürgermeisters. Schließlich war das Schloss nicht nur Sitz sondern auch Symbol des wilhelminischen, preußisch geprägten, deutschen Kaiserreiches, architektonischer Ausdruck der Monarchie, die die Sozialdemokratie stets abgelehnt hatte. Die Revolution von 1918 wurde auch und gerade von Sozialdemokrat(inn)en gemacht, auch wenn die Motive ihrer damaligen Führung mehr als unlauter waren. Die Wiederaufrichtung dieses Symbols können SPD-Funktionsträger nur dann bejubeln, wenn sie sich entweder jeden Gedankens über die Symbolkraft eines solchen Schlosses enthalten oder die Architektur gewordene preußisch-deutsche Großmachtpolitik republikanisch weiterführen möchten.

Die Rechte weiß dagegen ganz genau, was sie am Schloss hat und wofür es steht. JF-Chefredakteur DIETER STEIN schreibt in seiner Kolumne auf der Titelseite der Ausgabe 25 deutliche Worte: „Architektur ist Gestalt gewordener Wille zum Staat. In ihr läßt sich das Selbstbewußtsein einer Nation ablesen. Es hatte einen Grund, daß die SED unter Walter Ulbricht die Ruine der Hohenzollernresidenz sprengen ließ: Die DDR löschte damit demonstrativ eine Traditionslinie aus. … Wir Deutschen gewinnen unsere Mitte wieder. Wir sollten uns die Bedeutung dieser Aussage in ihrem doppelten Sinn bewußt machen: architektonisch und psychologisch. Deutschland ist eine durch die Katastrophe des Dritten Reiches, den Zusammenbruch und die jahrzehntelange Teilung in Inneren immer noch tief verstörte Nation… . Wenn in den nächsten Monaten schrittweise die liebevoll rekonstruierte Sandsteinfassade am Rohbau des Stadtschlosses angebracht wird, läßt sich sinnlich erfassen, was es bedeutet, wenn geschichtliche Gestalt neu entsteht. Wir wenden uns uns selbst zu und erschrecken nicht mehr, wenn wir in den Spiegel schauen“.

Stein hat Recht. Man sollte allerdings noch einen Gedanken hinzufügen: Weil Staatsarchitektur politisch ist und weil es um politische Traditionslinien geht, musste der „Palast der Republik“, der eine andere, eine revolutionär-demokratische Tradition bereits mit seinem Namen begründen sollte, abgerissen und durch ein Symbol der preußischen Militärmonarchie ersetzt werden. Auch Professor Dr. GOERD PESCHKEN, „Nestor der Forschung zum Berliner Schloß“, macht im Interview kein Geheimnis daraus, um was es beim Wiederaufbau geht: „Es gibt sie eben immer noch, die Schloßhasser. Eigentlich war die gesamte Fachwelt von Beginn an dagegen, die Kunsthistoriker waren dagegen, die Denkmalschützer waren dagegen, die Intellektuellen waren dagegen, Walter Jens war dagegen, alle waren dagegen! Warum? Weil es beim Schloß um das Nationalbewußtsein unseres Volkes geht. Konkret? Ich meine, das hat mit unserem Hang zum Nationalmasochismus zu tun, wonach alles, was unsere Geschichte tangiert, moralinsauer eingelegt werden muß“.

Peschken geht sogar noch weiter. Zum einen fordert er, das wiederaufgebaute Schloss solle Sitz des Bundespräsidenten, des obersten Repräsentanten der Bundesrepublik also, werden: „…das Schloß war gemäß unserer Geschichte der Sitz der Souveränität, daher gehört er dorthin“. Es soll also eine Traditionslinie Deutsches (Kaiser-)Reich – Bundesrepublik Deutschland geschaffen werden. Zum deutschen Wesen, an dem die Welt genesen soll, ist es dann nur noch ein kleines Stück.

Zum anderen, denkt Peschken aber in ganz anderen Größenordnungen – der Wiederaufbau des Schlosses soll wohl erst der Anfang der Rekonstruktion der architektonischen Relikte der Preußenmonarchie sein: „Nehmen Sie zum Beispiel das Reiterstandbild des Großen Kurfürsten, das heute im Ehrenhof des Schlosses Charlottenburg steht. Erstens ist es eines der ganz wenigen bedeutenden Reiterdenkmale in Europa. Zweitens ist es eines der Hauptausstattungsstücke des Schloßensembles überhaupt, das man Kurfürst Friedrich Wilhelm im 18. Jahrhundert deshalb widmete, weil er die Souveränität Ostpreußens gegenüber Polen erkämpft hatte, womit er den Aufstieg Preußens überhaupt erst ermöglichte.Es stand bis zum Krieg auf der Langen Brücke – der heutigen Rathausbrücke – in unmittelbarer Nähe und in Bezug zum Schloss. Der zuständige Berliner Bezirk tut alles, um zu verhindern, daß das Denkmal wieder in seinem historischen Kontext aufgestellt wird“.

Auch NORBERT BORRMANN geht es in Ausgabe 26 um ein Berliner Reiterdenkmal und zwar um das für Kaiser Wilhelm I., das geradezu gigantische Ausmaße hatte (Bescheidenheit war nicht unbedingt ein Charakterzug der Hohenzollern): 78 Meter breit, 40 Meter tief und 21 Meter hoch – ein Monstrum wie seine zur gleichen Zeit entstandenen Brüder am Kyffhäuser, am Deutschen Eck in Koblenz und auf der Porta Westfalica. Danken wir der DDR: „Den Zweiten Weltkrieg überstand das Nationaldenkmal leidlich, allerdings überstand es nicht den Zerstörungswillen der in Ost-Berlin zur Macht gekommenen Kommunisten. Im Winter 1949/50 ließ die SED das Denkmal bis auf den Sockel abtragen“. Bleibt zu hoffen, dass aus dem Bauschutt etwas für die Menschen nützliches geschaffen werden konnte. *tri*

BESTELLUNG: Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe (Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt)

O Halbjahres-Abo, 13 Hefte 27 Euro
O Förder-Abo, 13 Hefte 30 Euro
O Jahres-Abo, 26 Hefte 54 Euro
O Förder-Abo, 26 Hefte 60 Euro
O Schüler-Abo, 26 Hefte 30 Euro

Erscheinungsweise: 14-täglich

O Ich möchte Mitglied im Förderverein Antifaschistische Nachrichten werden. Der Verein unterstützt finanziell und politisch die Herausgabe der Antifaschistischen Nachrichten (Mindestjahresbeitrag 30,– Euro).

Einzugsermächtigung: Hiermit ermächtige ich den GNN-Verlag widerruflich, den Rechnungsbetrag zu Lasten meines Kontos abzubuchen. (ansonsten gegen Rechnung)

Name: Adresse:

Konto-Nr. / BLZ Genaue Bezeichnung des kontoführenden Kreditinstituts

Unterschrift

GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221 – 21 16 58, Fax 21 53 73, E-Mail: gnn-koeln@netcologne.de
Bankverbindung: Postbank Köln, IBAN DE 95 3701 0050 0010 4195 07, BIC PBNKDEFF370